

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.  
Hörspieldienst: Sammelnummer: 25241.  
Kur für Nachrige: 29011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

Wochentlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Auslegung, sowie bei einmaliger Auslegung durch die Post (ohne Beilegblatt) 5.40 M., sonst 1.00 M.  
Die einsätzige Zeitung kostet 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungswert, einsätzige Ein- und Verhältnis 25 %. Sonntagszeitung kostet 75 Pf. Zusätzliche Abgabe gegen Herausgabe. Sammelnummer 15 Pf., Sonntags 25 Pf.

Schreitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Weisch & Weischke in Dresden.  
Postleitzahl 19 395 Leipzig.

Postkarte nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unterlagen Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hervorragend gut und preiswert  
Foco-Klapptaschen.  
Liste 202 hierüber sowie über Erzeugnisse  
anderer erster Firmen zur Verfügung.  
Photohaus Wünsche, Ecke Moritz- u. Ringstraße.

Königsdiele

Ringstraße  
Nr. 14

Täglich: KÜNSTLER-KONZERT.

Tränkers Möbelhaus

21/23 Oörlitzer Straße 21/23

Sehenswerte Ausstellung.

Lederwaren · Reise-Artikel

Weltgehandelte Auswahl in  
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Adolf Näter  
Versand nach auswärts.

## Milderung der Friedensbedingungen für Österreich.

### Ein Entgegenkommen der Entente.

St. Germain, 10. Juli. (Bien. Korresp. Berl.) Staatskanzler Renner hat heute vom Präsidenten der Friedenskonferenz Clémenceau eine Note erhalten, in der die vom Staatskanzler Renner am 28. Juni ausgeführten Momente als verhältnismäßig erklärt werden, weshalb Art. 19 gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt wurde: Die Güter, Rechte und Interessen der österreichischen Staatsbürgern und den von ihnen kontrollierten Gesellschaften unterliegen in den Gebieten, die Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, nicht der Beschlagnahme oder Liquidation. Die Bestimmung besteht sich nicht auf Güter, von denen in den Finanzklauseln die Rede sein wird. Sie besteht sich auch nicht auf Schiffe, über die in den Wiedergewinnungen Bestimmungen enthalten sind. In der Note der Entente wird ferner die bandelspolitische Note der österreichischen Delegation beantwortet. Die Verweigerung der Meistbegünstigung sei für das Wirtschaftsleben Österreichs nicht gefährlich, weil es ihm gestattet sei, mit dem Tschecho-Slowaken und mit Ungarn auch von der Meistbegünstigung ausgenommene Verträge abzuschließen. Die alliierten Staaten wünschten nicht, daß die österreichische Ausübung feindlichen Beauftragungen unterliege, seien aber nicht in der Lage, dieser Ausübung die Meistbegünstigung einzuräumen. Sie sind nur bereit, folgenden Artikel hinzuzufügen: Die Österreicher im Art. 1 bis 4 aufgelegte Meistbegünstigung wird nach drei Jahren von keinem alliierten oder assoziierten Staat in Anspruch genommen werden, ohne die Regierungsfähigkeit zu gewährleisten, wenn nicht der Völkerbund anders entscheidet.

St. Germain, 9. Juli. In der Antwortnote der Entente auf die deutsch-österreichische Völkerbundnote erklärt Clémenceau, daß die verbündeten und assoziierten Hauptmächte die Zustimmung der österreichischen Delegation zum Entwurf des Völkerbundes und zu dessen Grundzügen mit Beziehung zur Annahmen und gleichlich seien, zu erfahren, daß die österreichische Regierung ebenso wie sie überzeugt ist, daß die Errichtung des Völkerbundes zur Erhaltung des Friedens in jedem Teile der Welt führen wird, die bis jetzt Mittelpunkte der nationalen Neubildungen und Widerstandskräfte gewesen sind. Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte prüften mit größter Sorgfalt die von der österreichischen Delegation gesetzte Bitte, daß ihr Land zur Teilnahme am Völkerbund als ursprüngliches Mitglied zugelassen werde. Sie hellen fest, daß sie niemals beabsichtigt haben, Österreich für lange Zeit aus dem Völkerbund auszuschließen. Sie legen im Gegenteil Wert darauf, neuerdings zu erklären, daß sie die Hoffnung und Überzeugung hegen, daß der Völkerbund so rasch wie möglich seine Türen allen Nationen öffnen wird. Sie müssen jedoch bemerkern, daß die österreichische Delegation bei ihrer Betonung der absoluten Notwendigkeit der sofortigen Zulassung Österreichs zum Völkerbund für die Sicherheit ihres Gebietes Argumente angewendet habe, die darauf hinzuweisen scheinen, daß sie die Bestimmungen des Abkommens nicht nach ihrem richtigen Wert beurteilt. Nichtsdestoweniger erkennen die alliierten und assoziierten Mächte die vorgebrachte Bitte an und sehen nach Gewähr für seine guten Absichten gegeben hat. Sie sehen keinen Grund, der die österreichische Delegation hindern könnte, seine Zulassung zum Völkerbund gemäß des Artikels 1 des Abkommens zu verlangen. Sobald sich Gelegenheit dazu nach der Ratifikation des Friedensvertrages bietet, sobald sie versichert sein werden, daß Österreich eine verantwortliche Regierung besitzt und sobald diese Regierung geeinigt haben wird, daß sie ihre internationale Verpflichtungen erfüllen will und kann, sind sie bereit, die

Raubhaut Österreichs für die Zulassung zum Völkerbund zu unterstützen. Schließlich teilt Clémenceau mit, daß die Verbündeten die von Dr. Lammasch gemachten interessanten Vorschläge betr. die Regelung internationaler Streitigkeiten und die Details der Organisation eines internationalen Gerichtshofes geprägt haben und den großen Wert gewisser Vorschläge anerkennten. Sie wiesen es aber nicht für nötig oder zweckmäßig, in das Abkommen selbst die für seine Errichtung geforderten Detailbestimmungen aufzunehmen, und werden diese Vorschläge dem Rat des Völkerbundes zur Prüfung überweisen. Sie wünschen hervorzuheben, daß Art. 23 die Freiheit der Durchführung billige Behandlung des Handels aller Mitglieder des Völkerbundes und Vorbehalte in Gemäßigkeit der Bestimmungen der bestehenden oder noch zu schließenden internationalen Abkommen verbürgt sein wird. Sie sind davon überzeugt, daß, wenn die Mitglieder des Völkerbundes daran gehen, das in diesem Artikel vorgeschlagene internationale Abkommen zu prüfen, die von der österreichischen Delegation gemachten Vorschläge mit der ihnen gehörigen Aufmerksamkeit verhüten geprüft werden.

### Wilson vor dem amerikanischen Senat.

Amsterdam, 10. Juli. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington, daß der Senat gestern beschlossen hat, Wilsons Mitteilungen über den Friedensvertrag und die begleitende Botschaft morgen in öffentlicher Sitzung entgegenzunehmen. Wilson wird um 12 Uhr 15 Min. vor dem Senat erscheinen.

### Der Kaiserprozeß fraglich.

Amsterdam, 10. Juli. Der Londoner Korrespondent des "Manchester Guardian" schreibt: Je näher der Prozeß gegen den Kaiser rückt, desto größer seien die Schwierigkeiten, auf die man stoße. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß vielleicht der ganze Prozeß aufgegeben werde, und man brauche nicht erstaunt zu sein, wenn dann erst eine amtliche Erklärung in diesem Sinne gegeben werde; in rechtssündigen Kreisen sehe man die gesetzliche Unmöglichkeit einer gerichtlichen Verfolgung des Kaisers ein.

Das gerichtliche Verfahren gegen die Unterseebootskommandanten werde ohne Rücksicht auf die Frage des Kaiserprozesses mit vollständiger Zustimmung Amerikas energisch durchgeführt werden.

**Die Kreuzer „Dresden“ und „Nürnberg“ gehoben.**

(Eigner Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten".)

Amsterdam, 10. Juli. Reuters meldet aus London, daß die Rücknahmeverfiche der in der Stadt von Scapa Flow versenkten deutschen Kreigsschiffe sich günstig gestalten. Es ist bereits gelungen, die kleinen Kreuzer "Dresden" und "Nürnberg", sowie mehrere Torpedoboote zu heben. Vorzüglich wird es aber nicht möglich sein, alle Kreigsschiffe wieder flottzumachen.

### Die Krise im Reichswirtschaftsministerium.

(Drahtmeldung unser Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Juli. Ein Abschiedsgesuch Bissells liegt noch nicht vor. Alle Namen, die hinsichtlich seiner Nachfolgerkandidatur genannt werden, beruhen nur auf Vermutung. Jedenfalls wird sein Nachfolger aus den Reihen der Mehrheitssozialisten entnommen werden, da diese Anspruch auf dieses Portefeuille erheben. Die Aussicht, daß mit dem jetzigen Ministerwechsel für die sogenannte freie Wirtschaft freie Bahn geschaffen werden wird, ist falsch. Eine strengste Überwachung der Ein- und Ausfuhr wird anstrengt, ebenso Einzuberverbote. Bei der Rohstoffbelieferung der Fabriken wird auf die Bedürfnisse der großen Masse in erster Reihe Rücksicht genommen. Unter allen Umständen bleibt die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit Leitender Gesichtspunkt.

### Rabinettsbildung.

(Drahtmeldung unser Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Juli. An der heute nachmittag stattgefundenen Kabinettssitzung in Weimar nahmen wieder die preußischen Minister teil. Wahrscheinlich wurde wieder die österreichische Frage behandelt.

### Die Rentenzahlungen an die Entente.

(Eigner Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten".)

Rotterdam, 10. Juli. Der Londoner parlamentarische Mitarbeiter des "Manchester Guardian" erzählt, daß die Zahlungen Deutschlands an die Alliierten im Jahre 1919: 35 Milliarden, im Jahre 1920: 40 Milliarden und in den folgenden sechs Jahren 45 Milliarden beitragen sollen. Wahrscheinlich werde zur Sicherstellung der Beiträge ein Abwandsatz der Mark für die Zahlungen an die Entente eingesetzt werden.

### Verhandlungen in Paris.

(Drahtmeldung unser Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Juli. Unterstaatssekretär Lewald hat sich gestern mit den übrigen Mitgliedern der Kommission zu den Verhandlungen über das Abkommen betraut, die militärische Beziehung der Rheinlande nach Paris begeben. Gleichzeitig ist die Kommission bestellt, den Friederaufschluß in den bestreiteten französischen Gebieten nach Paris abzugehen. Sie steht unter Führung des Unterstaatssekretärs Grüber vom Reichsfinanzministerium. Beide Kommissionen werden getrennt voneinander arbeiten.

### Das französische Prekredo zur Ratifizierung.

Berlin, 10. Juli. Zur Ratifizierung des Friedensvertrages schreibt "Petit Journal", die Nationalversammlung habe sich vor dem unvermeidlichen gebogen. Um die Auflösung der Blockade zu erlangen, habe man die Erledigung beschleunigt. — Dean Gruce schreibt im "Journal", die Franzosen seien genügend aufgeklärt, um zu wissen, welche Berechnung der Massenunterwerfung abgeleitet. — "Excelsior" glaubt, es wäre unflieg und gefährlich, hinsichtlich der Frage der Durchführung des Vertrages nicht einige Zugeständnisse zu machen. Sie seien schon durch die Tatsache berechtigt, daß 115 Mitglieder der Nationalversammlung gegen die Ratifizierung gestimmt hätten. Das sei eine beträchtliche Minorität, mit der man in Zukunft rechnen müsse. Die Alliierten hätten auch daran gedacht. Der Beweis hierfür sei die englisch-französisch-amerikanische Militärkonvention. — "Gaulois" ist der Ansicht, die Deutschen betrachten ihre Niederlage als verfehltes Geschäft und würdigen die Vergangenheit so schnell wie möglich zu verlieren, um die Arbeit rasch wieder aufzunehmen. — Clémenceaus "Homme Libre" ironisiert Hermann Müllers Erklärung, die heile Politik des deutschen Volkes sei in diesem Augenblickehrlichkeit.

### Die Sozialisierung auf dem Gewerkschaftsgrund.

Auf dem 10. Gewerkschaftskongress, der während der vergangenen Woche in Nürnberg stattgefunden, über das Thema "Die Sozialisierung des Industrie", Paul Umbrecht, der verantwortliche Schriftsteller des Korrespondenzzblattes der Generalkommision der Gewerkschaften, in seinem Vortrage zu dem Ergebnis gelangt, daß wir sozialisieren müssen, ob wir wollen oder nicht. Ob dem wirklich so, oder handelt es sich wieder nur um ein Schlagwort, wie sie in so großer Zahl und mit so wenigen Verständnis und Verantwortung seit den Revolutionstage in die Massen geworfen worden sind? Umbrecht sagt sogar, daß auf einem Triumviratshaus, zu dem der Weltkrieg Deutschland gemacht habe, der Sozialismus — und Sozialisierung ist doch unter allen Umständen ein Erfolg Sozialismus — nicht retten könne, und er wort durchaus treffend die Frage auf: "Kann Deutschland allein sozialisiert, umgeben von kapitalistischen Staaten, die den Sozialismus entwirken wollen?" Wer so spricht, kann schwerlich innerlich von der Zweckmäßigkeit oder gar Notwendigkeit der Sozialisierung überzeugt sein. Aber als Mitberichterstatter kam in Nürnberg auch ein Vertreter der härtesten Tonart zu Worte, der unabhängige Theoretiker R. Hildebrand, von dem man weiß, daß er in der Sozialisierungfrage genau auf dem Standpunkt Karl Rautkys steht, und der sagte u. a.: "Die Unterbrechung der Produktion würde für drei Schichten bereits den Hungertod bedeuten... Die Sozialisierung kann in der gegenwärtigen schwierigen Lage keine sofortige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bringen. Die Sozialisierung darf für die Arbeiterklasse nicht nur eine Messer- und Gabelfrage sein." Das klingt ganz erstaunlich anders, als man es sonst aus den Reihen der Unabhängig zu hören gewohnt ist.

Die den beiden Hauptrichtungen der Sozialdemokratie angehörenden Befürworter der Sozialisierung, worunter sie nach Umbrechts Worten verstecken, daß zur Erfüllung der wirtschaftlichen Demokratie die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden müssen, haben sich selbst widerlegt. Deutschland hat während des Krieges vier Jahre im Wirtschaftsgefängnis gesessen. Es soll nun für ewige Zeiten auf einer Sozialisierungsbasis leben und mit dem auskommen, was die abgeschlossene Welt zu bieten vermag, während es, an Haupt und Gliedern verstümmt, doppelt und dreifach die Kräfte regen, doppelt und dreifach seine Außenbezüge ausgestalten muß, um nach Möglichkeit wieder einzubringen, was Hass, Neid und Furcht der Feinde genommen haben. Idee Unterbrechung der Produktion würde für drei Schichten bereits den Hungertod bedeuten... Die Sozialisierung kann in der gegenwärtigen schwierigen Lage keine sofortige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bringen. Die Sozialisierung darf für die Arbeiterklasse nicht nur eine Messer- und Gabelfrage sein." Das klingt ganz erstaunlich anders, als man es sonst aus den Reihen der Unabhängig zu hören gewohnt ist.

Die den beiden Hauptrichtungen der Sozialdemokratie angehörenden Befürworter der Sozialisierung, worunter sie nach Umbrechts Worten verstecken, daß zur Erfüllung der wirtschaftlichen Demokratie die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden müssen, haben sich selbst widerlegt. Deutschland hat während des Krieges vier Jahre im Wirtschaftsgefängnis gesessen. Es soll nun für ewige Zeiten auf einer Sozialisierungsbasis leben und mit dem auskommen, was die abgeschlossene Welt zu bieten vermag, während es, an Haupt und Gliedern verstümmt, doppelt und dreifach die Kräfte regen, doppelt und dreifach seine Außenbezüge ausgestalten muß, um nach Möglichkeit wieder einzubringen, was Hass, Neid und Furcht der Feinde genommen haben. Vielleicht erinnert sich die Herren Sozialisierungsanatizer daran, daß noch Durchführung der territorialen Bedingungen des Friedensvertrages unter Vaterland um unermessliche Bodenschäden und Arbeitskräfte, um 6 Millionen Geistes- und Handarbeiter, die für uns unerschöpflich sind, ärmer sein wird! Vielleicht antworten sie einmal auf die Frage, wie sie sich unter den dann eintretenden Verhältnissen die Ernährung von 60 Millionen Menschen denken, die nur möglich sein wird, wenn wir sehr viel mehr produzieren und ausführen, weil wir nur so die Zahlungsmittel für die Nahrungsmittelselfuhr und nur so die Mittel zur Ableitung der finanziellen Verpflichtungen beschaffen können. Sie aber, die in den Volksversammlungen mit dem schillernden Zauberwort "Sozialisierung" die Massen an sich fesseln, sind schon befriedigt, wenn es keine Unterbrechung, keinen Rückgang der Produktion gibt. Darin liegt doch das Zugeständnis, daß im Wege der Sozialisierung die Mehrarbeit und der Mehrertrag, deren wir unter allen Umständen bedürfen, nicht erreicht werden können.

Das wäre auch aus dem Grunde undenbar, weil wir die Hoffnung auf Wiederaufbau unseres Außenhandels ein für allemal begraben müssten. Mit einer so weitgehenden Sozialisierung, wie sie Umbrecht und Hildebrand für möglich und nötig erklären, müßte eine planmäßige Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen. Wie soll das Ausland, auch das neutrale Ausland, das den revolutionären Ereignissen in Deutschland zum mindesten stark misstrauisch gegenübersteht, zu den neuen Zuständen herangetrieben werden? Wird es nicht vielmehr allgemein so kommen, wie auf dem Vortragsabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft der Vorsitzende des Vereins Deutscher Exporteure H. Hecht berichtete, daß die ausländischen Kaufleute ein System zeitraubend und unnötig erschwerend, ja lächerlich finden, bei dem sie, während es sich vielfach um schnelle Abschlüsse handelt, die Zustimmung zahlreicher Verbände abwarten sollen, in denen neben den Erzeugern, neben Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach

Händler und Verbraucher seien? Die Entente durfte sich gratulieren, als die insgeheim um sich streifende Revolution den Zusammenbruch unserer Front vorbereitete und vollendete. Sollen England, Frankreich und Amerika nochmals triumphieren dürfen, indem wir uns selbst die Wege versperren, die allein zu unserer wirtschaftlichen Rettung führen können? Nur wer sich selbst ausgibt, ist verloren. Das deutsche Volk aber muss leben, muss wieder zu Ehren und zu Kräften kommen.

Es hilft auch nichts, wenn man sich mit Rückicht auf unsere Abhängigkeit vom Auslande darauf beklagen will, solche Produktionszweige zu sozialisieren, die ohne Beziehungen zum Auslande sind. Eine derartige Aufstellung zeigt von sehr geringem Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge, und wie eine zweck- und zielbewusste arbeitende Volkswirtschaft möglich sein soll, in der zwei grundverschiedene Arbeits- und Gewinnmethoden nebeneinander hergehen, darüber schwiegen sich diese Umkreise, der die teilweise Sozialisierung empfiehlt, weislich aus. In dem einen Falle würde mit, in dem anderen ohne Unternehmer gearbeitet werden, denn auch die Mehrheitssozialisten nehmen die Mitarbeit der Unternehmer nur gesetzengemessen an und nur in lange in Anspruch, bis sie die Arbeiter auf den Hofsboden legen und lernen", wie Cohen-Berlin sagt, und dann selbst die Wirtschaft fortführen können. Im Hintergrund aber steht die Erneuerung ohne Entscheidung. Entscheidung soll allerdings gewährt werden, aber sie soll nach Diskussion durch eine wirklich sozialistische Steuerpolitik ergänzt werden: "Soviel die Sozialisierung mit Entscheidung verbunden ist, muss sie auch mit Verhandlungsberechtigung in Hand gehen." Es soll also bloß gegeben werden, damit gleichzeitig genommen werden kann. Durch eine derartige Praxis müsste vollends dem Gewerbeleben und der Schaffensfreudigkeit, die uns groß gemacht haben, ein Ende bereitet und das Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsführung ganzlich untergraben werden.

Diese hilflosen Ideen, die der Gewerkschaftsfront anscheinend widersprüchlich dachten, sind ein uneingestandenes Bekennnis zur tatsächlichen Teilungspolitik, und es ist eigentlich unverständlich, wie dieselbe Redner am Schluss seiner Berichtigung davon warnen konnte, die Sozialisierung sei "Rechts- und Linksbündnis" werden zu lassen. Offiziell wird in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, ebenso wie die Revolution als große Vorbewegung ausgesetzt und bewusst worden ist, die geistige Sozialisierung als willkommene Veränderungsgelegenheit betrachtet und erachtet. Der mehrheitlich linksradikale Reichswirtschaftsrat Dr. August Müller der dreizehnten Tage in der "Deutschen Justiz-Ztg." sollte Vererbungen und Vorstellungen eines Radikal in lange überwundene Zeiten genannt. Die Wirklichkeit zeigt aber, dass die Sozialisierung, wie sie von Unabhängigen und Kommunisten ausgeholt wird, keinen anderen Zweck dienen soll, als den Kapitalismus den Todesschlag zu versetzen. Den Verfassungsantrag an erhöhte Produktionsleistung oder auch mit den ersten Faschistin gebildet. Sozialisierung im Sinne und im Dienste sozialistischer Weltideen ist ebenso ungern und verderblich, wie sie jetzt, was anzuschauen ist, da auch in mehrheitlich sozialistischen Kreisen, wenn auch noch widerstrebend, angedeutet wird. Sozialisierung ist nur möglich, dann aber auch unverbindlich, wenn und insofern sie uns befähigt, zu bewirken, dass die Arbeit und Konservativ die Einsicht ihr Endziel nicht erreicht. Allein an diesem Zweck darf und muss das von der Nationalversammlung beschlossene Rechts-Sozialisierungsgesetz gebündelt werden.

## Eine französische Unverschämtheit.

Berlin, 10. Juli. (Sig. Drahtmeld.) An der vergangenen Nacht moderten sich liebende französische Soldaten an der strategisch wichtigen Straße unter einem alten Bogen, der sich durch einen japanischen Haarschnitt bemerkbar machte, laut. Als dieser bis diese Bedrohung herauftauchte, nahm das Publikum Partei für ihn und geriet mit den Franzosen in einen heftigen Wortwechsel, in dem Berliner der französische Quartiermeister Thomas in französischer Sprache die Neuerung getan haben soll: "Wir sind Sieger, Sie sind Schweine!" Die hierüber erhabene Wut drang auf die Franzosen ein, so dass diese flüchten mussten. Auf dem Weg nach dem Bahnhofsvorplatz am Bremer Platz, wo sie ihr Quartier haben, wurden sie jedoch geschossen und ließen nun, da sie bei der Schlüssel zu unterliegen fühlten, noch dem in der kleinen Rückgasse liegenden Garten des Restaurants Tonnoir, wo sie von Polizeiteams an ihren eisernen Sicherheitsschuppen und nach der Waffe des 2. Weltkriegs gefeuert wurden. Thomas und einer seiner Begleiter, Brundt, hatten wichtige Verhandlungen am rechten Ufer und am Unterlauf davorgenommen, die sie sich im Bahnhofsvorplatz verhindern lassen wollten. Nachdem sich der Angriff gestoppt hatte, konnten die sieben Franzosen entlassen werden.

## Schwere Rümpfe in Rom.

(Sig. Drahtbericht der "Dresden Nachrichten")  
Rom, 10. Juli. In Rom ist es nach dem Süditalienischen Preßbüreau zu weiteren schweren Zusammenstichen zwischen Italienern und Franzosen gekommen, die in eine furchtbare Schlacht ausarteten. Militärversuch gemeinschaftlich mit Einwohnern von Italien, das französische Torpedoboot "Ecluse" anführten, das hierauf das Feuer auf die Italiener eröffnete. Diese griffen die im Hafen befindliche Basis für die Besorgung der in Ungarn stehenden französischen Armeen an. Es kam zu wilden Straßenkämpfen, bei denen mit Gewehren, Revolvern und Handgranaten gekämpft wurde. Französische Kolonialtruppen wurden von den Italienern ohne Gnade niedergeschlagen. Die italienische Bevölkerung beteiligte sich von beiden Seiten aus mit Revolvern und Gewehren am Kampf. Beide sind etwa 80 Tote auf französischer Seite gemeldet.

## Rom vor politischen Unruhen.

(Sig. Drahtbericht der "Dresden Nachrichten")  
Rom, 10. Juli. Vor Beginn der geplanten Kammerabstimmung wurden in Rom umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, da infolge der Unruhen mit Ausschreitungen gegen das Parlament gerechnet werden musste. Der Monte Citorio war durch einen starken Militärdorfen abgesichert worden. Die politische Atmosphäre in Rom ist mit Hochspannung geladen. In parlamentarischen Kreisen herrscht eine riesenhafte Erregung, die zum Teil in der geistigen Sichtung zum Ausdruck kam. Ministerpräsident Nitti hielt eine großangelegte Rede über die wirtschaftliche und politische Lage, an die sich eine längere Debatte anschloss. Am Abend haben sich bisher 54 Abgeordnete zum Wort gemeldet, so dass die Diskussion ungestört eine Woche in Anspruch nehmen wird.

Spanien, 10. Juli. Die sozialistische Parteileitung sieht mit Vertretern der besetzten Gebiete in Rom eine Sitzung ab. Die Verhandlungen über die Volksbewegung werden geheim gehalten. "Secolo" meldet aus Florenz, dass in der ganzen Gegend vom Alpenvorland die Räte republik proklamiert worden ist. Alle Automobile, Häuser und Wälder wurden beschlagnahmt, die Lebensmittel unter die Bevölkerung verteilt. Drei von Florenz berüchtigte Militärräte mit Maschinengewehren wurden in einem nahen Ort vor der Menge angegriffen, wobei zwei Personen getötet und mehrere verwundet wurden. In Turin kam es zu neuen Plünderungen. Der Bürgermeister mahnt die Bevölkerung zur Ruhe. In Neapel ist der Generalstreik verkündet. Es kam auch hier zu Plünderungen, der Dampferdienst ist völlig eingestellt. Infolge des Telegraphenstreiks erscheinen in Rom seit gestern keine Zeitungen.

# Die Verfassungsberatungen der Nationalversammlung

(Von unserem Weimarer Sonderberichterstatter)

Beim, den 10. Juli.  
Am Regierungssitz Dr. Preuß, Rosse, Gräberger, Weier-Kaufbeuren.

Vorstand Dehrendorff eröffnet die Sitzung 8.30 Uhr.

Die erste  
Beratung des Verfassungsentwurfs  
wird beim 7. Abchnitt Rechtspollege. Artikel 101 bis 106, fortsetzt.

Abg. Dr. Spahn (Bentz): Artikel 101 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgetüftet; die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Dazu liegt ein Antrag Agnes (Ullrich, Soz.) u. Gen. vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit ein Volksgericht verlangt, dem nun auch die Soldaten unterworfen sind. Militärgerichte und Amtsgerichte jeder Art sind verboten.

Abg. Henke (Ullrich, Soz.): Nur durch die Einschaltung von Volksgerichten, d. h. durch

ein überzeugt, die Nationalversammlung wird Sie haben nicht unterdrücken.

Art. 101 wird unter Ablehnung des Antrags Agnes (Ullrich) in der Ausschusssitzung angenommen. Art. 102 (Ernennung der Richter auf Lebenszeit, Gültigkeit der Belebung einer Altersgrenze durch die Bundesgesetzgebung) wird ohne Erörterung angenommen.

Art. 103 bestimmt: Amtsgerichte sind unbestraft, niemand darf seinem geschlechtlichen Richter entzogen werden. Die geschlechtliche Bestimmung über Kriegs- und Standgerichte wird hierzu nicht berührt. Art. 104 bestimmt: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzugeben, außer für Kriegsgerichte. Das Nähere regelt ein Reichsgesetz.

Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen die Streichung dieser beiden Artikel in Konsequenz ihres Antrages wegen der Volksgerichte.

Die Sozialdemokraten Auer und Genossen beantragen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufgehoben (anstatt aufzugeben).

Abg. Gedder (Bentz) beantragt zu Art. 105 den Zusatz: Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben und in Art. 104 die Einschaltung, dass die Militärgerichtsbarkeit auch für die Bevölkerung an Bord besteht bleibt. Außerdem liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, das Gesetz über die Auflösung der Militärgerichte mit großer Beschleunigung einzubringen.

Preußischer Kriegsminister Reinhardt: Es ist bestimmt, eine Disziplinarische Kammer für das Heer zu errichten. Deshalb erscheint es besser, die Ausarbeitung der militärischen Ehrengerichte nicht in das Verfassungswerk hinzuzubringen. Es wird genügen, wenn das Gesetz in irgendeiner Form den Wunsch ausdrückt, dass die militärischen Ehrengerichte nicht wieder auftreten.

Reichswehrminister Rosse: Innerhalb steht Taten die Militärgerichtsbarkeit aufzugeben, es galt unmöglich, denn alle heute schwedenden Fälle müssten an Zivilgerichte überwiesen werden und würden dadurch eine außerordentliche Verzögerung erfahren. Eine Verschiebung des Rechts ist aber doch nicht verhindert. Es muss eine Übergangszeit gelassen werden.

Abg. Hoff (Dem.): Wenn die Regierung erfüllt, so können die Militärgerichte vorläufig nicht entbehren, so müssen wir bei dem Kompromiss bleiben. Kriegs- und Standgerichte sind keine Militärgerichte. Diese sind heute unentbehrlich. Man denkt nur an die Revolutionsgerichte, wie in München.

Abg. Graesel (D. M.): Die Kriegsgerichte dürfen durch die neue Verfassung nicht bestellt werden. Eine Reform der Militärstrafgerichtsbarkeit halten auch wir für nötig.

Eine Armee ohne Autoritätsgeboten ist unmöglich. (Schreie!) Es ist ohne eine gewisse Gewalt nicht durchzuführen. Ein völlig unbegründeter Vorwurf herrscht auch gegen die militärischen Ehrengerichte. Sie sollten überhaupt nicht für Offiziere, Aerzte und Amtleute, sondern auch für Minister bestehen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf zu Dohna (D. M.): Die Militärstrafgerichtsbarkeit nicht aufzugeben werden, weil sie zur Aufrechterhaltung des Kriegsfeinds im Heere nötig sind. Die Militärstrafgerichtsbarkeit darf ebenfalls nicht ein Opfer der Augenblicksärmlichkeit werden.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dän. Sp.): Die militärischen Ehrengerichte haben hauptsächlich Handel zwischen Kommandos in ritterlicher Weise beigelegt und erstaunlicherweise, als wenn die Beteiligten vor dem Schiedsgericht erschienen wären. Man sollte deshalb das Ehrengerichtsverfahren überhaupt erweitern und verschärfen.

In der Abstimmung wird Art. 103 mit dem Antrag Graesel auf Aufhebung der militärischen Ehrengerichte angenommen.

Der Antrag Graesel wegen Aufrechterhaltung der Militärstrafgerichtsbarkeit an Bord wird mit 124 gegen 100 Stimmen angenommen. Mit dieser Änderung wird Art. 104 angenommen. Ebenso die Entschließung der Ausschusssitzung.

Damit ist der Abschnitt der Rechtsfrage erledigt. Hierauf verzögert sich das Haus. nächste Sitzung Freitag 11. Juli. Tagessordnung: Kleine Anträge und Verfassung. — Thesen 388 Uhr.

## 150 Millionen für die Kriegsgefangenen.

Über die Verwendung der vom Reich bewilligten 150 Millionen Mark für die Kriegsgefangenen sind im Reichsministerium unter Buzierung von Vertretern der Kriegsgefangenenorganisationen und des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte Konsilien aufgestellt worden, über die der "Berl. Tagblatt" von einem Teilnehmer an den Beratungen folgende Mitteilungen erhält.

Das Geld soll als wirtschaftliche Hilfe nach sozialen und individuellen Gesichtspunkten verwendet finden auf Grund von Entwicklungen eines Arbeitsausschusses, der von der örtlichen Kriegsgefangenen-Heimfehrstelle ernannt wird und aus je einem Vertreter des Volksbundes zum Schutz der Kriegs- und Juvalienten, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und der örtlichen Organisationen ehemaliger Kriegsgefangenen bestehen muß. Alle Kriegsgefangenen, denen auch ein Entschädigungsrecht gegen die Entschädigung gestellt ist, haben Anspruch auf die wirtschaftliche Hilfe, sofern sie nach dem 11. November 1918 aus dem Heeresdienst entlassen sind. Die an die Angehörigen vom Truppenteil eventuell gezahlte Löhnung bleibt unberücksichtigt. Die Hilfe soll im allgemeinen bis zu 300 M. betragen, sonst aber bis auf 600 M. erhöht werden, wobei die die Summe von 300 M. übersteigende Teil zur Hälfte aus Reichsmitteln, zur anderen Hälfte von den zuständigen Staat- und Kommunalstellen getragen werden soll. Der Mindestsatz soll im Falle der Bedürftigkeit 100 M. betragen, wenn die Gefangenenschaft nicht länger als ein Jahr dauert hat. Bei längerer Dauer werden für jeden weiteren Monat 5 M. bewilligt. Bei Arbeitslosigkeit kann die Hilfe in Raten gezahlt, darf aber nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Ihre Bezahlung ist vom militärischen Dienstgrad unabhängig.

Keinen Anspruch auf Beihilfe haben Beamte, deren Gehalt während der Gefangenenschaft weitergezahlt werden ist, ferner Privatangehörige unter der gleichen Voraussetzung, oder wenn sie oder ihre Angehörigen eine Höhlung bis zu 50 Prozent oder bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine wirtschaftliche Beihilfe von ihrem Arbeitgeber erhalten haben. Ausgeschlossen sind auch Kriegsgefangene, gegen die ein Verfahren wegen Landesverrat eingelegt ist, solange es nicht zu ihren Gunsten seine Entscheidung gefunden hat.

Die Vorarbeiten sind noch ebenso fertigzustellen, dass dem Kriegsgefangenen die zugebilligte Summe sofort bei seiner Rückkehr ausbezahlt werden kann. Weitere 20 Millionen Mark sind — außer den 150 Millionen — zur Verteilung an die Kriegsgefangenen-Heimfehr-Stellen angewiesen; sie dienen zur Bestellung der Empfangsstellen der Kriegsgefangenen und zur Deckung der Kosten im Durchgangslager.

## Witrandport der Deutschen aus Wien.

Berlin, 10. Juli. Auf energischen deutschen Einspruch hat die Obrigkeit nunmehr die Schiffsbewegungen gekettet, die zum Witrandport der Deutschen aus Wien und zur Räumung des Hafens von deutschen Truppen nötig sind.

## Die Eisenbahnerbewegung.

Kattowitz, 10. Juli. Die Preßstelle teilt mit: Der Eisenbahnerstreik in Katowice dauert an. Die Verhandlungen gehen noch weiter, jedoch ist eine Einigung noch nicht erzielt. Der Zugverkehr hat noch weitere Einschränkungen erfahren. Die Streiklage im Rybniker Bezirk ist unverändert. Dem Direktor der Donnersmarck-Eisenbahn wurde diese Nacht eine Dynamitpatrone vor das Wohnhaus gelegt und zur Explosion gedroht. Menschenleben sind nicht zu beziffern.

Rein Ende des Berliner Verkehrsstreiks in Görlitz. Berlin, 10. Juli. (Sig. Drahtmeld.) Wie von der Generalstreiteleitung mitgeteilt wird, ist es ausgeschlossen, dass den Bemühungen des Wollangrats gelingen werde, noch im Laufe dieser Woche neue Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande anzutreten und den Verkehrsstreik noch in dieser Woche zu beenden. Die Aussichten für eine Beendigung des Streiks müssen aber nach der Stimmung, die in beiden Särgen herrscht, als sehr gering bezeichnet werden. Auch der Generaldirektion der Großen Berliner Straßenbahn ist von einem Schrift des Reichsarbeitsministeriums nichts bekannt, und die Generaldirektion sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass vor neuerlichen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen werden müsse. Eine wesentliche Besserung in den Verkehrsverhältnissen Berlins ist seit wenigen durch die Wiederaufnahme des Stadt- und Verkehrsverkehrs eingetreten.

## Die Flucht aus München.

München, 10. Juli. (Sig. Drahtmeld.) Die Flucht aus München hat jetzt begonnen, doch die mit Umsätzen überlasteten Spediteure neue Aufträge erst zur Jahreswende wieder annehmen. Es sind fast ausschließlich Wohlhabende, die München aus Sorge vor einer Wiederkehr der Kommunistenverschärfung, wie vor der erdrückenden Gemeindeumlagen den Rücken kehren.

## Zollnahme der Eisenbahner am internationalen Protokollstreik.

Berlitz, 10. Juli. Die französischen Eisenbahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationsstreik am 21. d. M. zu beteiligen. Anfolgend wird am 21. von 5 Uhr vormittags an jeder Verkehrsstation der Zollnahmestellen teilnehmen.

Bugaus, 10. Juli. Die Vertreter der italienischen Eisenbahnerverbände versichern, dass die Eisenbahner um jeden Preis an dem internationalen politischen Protokollstreik gegen den Verfall der Freiheit am 20. Juli lädiertlos teilnehmen werden.

## Gellnerstreik in Brüssel.

Brüssel, 10. Juli. (Hayas) Die Gellner sind in den Rückstand getreten. Sie verlangen den Achtundvierzigstundenarbeitszeit und Gehaltssteigerung. Die Hotelvereinigung möchte in gewissen Punkten Zugeständnisse, während sie andere Forderungen ablehnt.

## Die Deutschnationalen in ihrem Vorgehen in der Nationalversammlung.

Den unteren Weimarer Sonderberichterstatter  
Weimar, 10. Juli. Die Deutschnationale Volkspartei gibt zu den gestrigen Vorgängen folgende Erklärung ab:

In erster Stunde haben die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung eine Entschließung der Deutschnationalen Volkspartei zum Friedensvertrag in unerhörter Weise zum Anfang herabwürdigenden Angriffe genommen. Die Deutschnationale Volkspartei hatte eine Entschließung eingeholt, welche

1. Die Einholung eines Gutachtens von anerkannten Völkerrechtsschreibern über Einziehung eines Gerichtshofes zur Aburteilung von angeblichen Verhören gegen das Völkerrecht mit rückwirkender Kraft und 2. die Einziehung eines neutralen Gerichtshofes zur Klärung der Frage der Schuld am Kriege empfohlen.

Auf Rat des Herrn Präsidenten, welcher der Ansicht war, daß die Entschließung in der vorgetragenen Form nach Anerkennung des Friedensvertrages nicht mehr zur Abstimmung kommen könne, wurde im Einverständnis mit ihm und nach Rücksprache mit einzelnen Parteikreisen die Entschließung in einem Bulle antrag zu Artikel 1 abgeändert.

Die Erregung der Mehrheitsparteien, deren Vorwürfe wie das Playregen auf die Deutschnationale Volkspartei überprasselten, war um so unverständlich, als der Parteidirektor Dr. Kraub bereits in seiner Erklärung den Sinn dieses Vorgehens unzweideutig herausgestellt und nur die Absicht festgestellt hatte, nach eventueller Annahme der Ratifizierung durch die Mehrheitsparteien noch einmal an das Weltgericht zu appellieren, einzig und allein um unseres Kaisers und unserer Heerführer willen. Die Sozialisten unterstützten den Deutschnationalen vorpolitisches Bewegungsgrund und der Führer des Zentrums, Herr Großer, entrückte sich bestmöglich Auslösungen über die Parteipuppe, die sich die Deutschnationale Volkspartei in diesem Augenblick noch angereichert habe. Diese unbegründeten Vorwürfe lassen bewußt die schwere Erregung erkennen, in der sich die Mehrheitsparteien befanden. Sie sind wahrhaftig kein Keuzelchen für die innere Sicherheit ihres eigenen Standpunktes im Augenblick der entscheidenden Folgen des Friedensschlusses. Es ist völlig unwahr, daß irgend eine illogale Absicht oder gar eine Nebenzusage mit diesem Antrag und seiner leider verdeckten Einbringung vorgesehen war. Der Antrag wurde am Tage vorher zur technischen Weiterleitung den auständigen Parteistellen übergeben. Die Partei fand bedauert, daß infolge eines nicht auflösenden Bulles seine amtliche Durchsetzung nicht rechtzeitig vor ihr bewirkt wurde. Sämtliche Mitglieder der Fraktion waren am Morgen des entscheidenden Tages selbst aus äußerster Erstaunen, die Entschließung noch nicht gedruckt vorzufinden. So sehr galt es um den Druck noch so rasch als möglich vor der Sitzung fertigzustellen. Im übrigen hätte nur ein kurzer Blick in die Entschließung, die übrigens schon veröffentlicht war, genügt, die Mitglieder der Nationalversammlung zu überzeugen, daß auch die Abgeordneten, die für die Ratifizierung stimmen wollten, einer solchen Entschließung hätten ausstehen können. Sie empfahl ja nur für den Fall der Annahme der Ratifizierung noch einen leichten Schritt, um vielleicht noch im letzten Augenblick unserem Kaiser und unseren Heerführern die bitterste Schwere zu ersparen. Selbstverständlich ist die Deutschnationale Volkspartei diese Entschließung ihrer vollständig ablehnenden Haltung gegen die Ratifizierung des Friedens an nicht das geringste ändern konnte, ebenso sehr war es berechtigt, die Nationalversammlung aufzufordern, sich an einem solchen leichten Maß nach Gerechtigkeit zu beteiligen. Es ist darum unbedingtlich, warum nicht nur die Demokratie, sondern auch die Deutsche Volkspartei sich an den Angriffen auf die Deutschnationalen in solchem Grade beteiligen.

Der hierher Grund zu einem Ansturm der Mehrheitsparteien liegt zwar auf der Hand. Der gewalige Erfolg ihrer Rede von Pastor Dr. Kraub, der mit einem Befallsalarm der Tribünen erfüllt wurde, war ihnen unerträglich. Der Eindruck dieser Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei wollte man nur durch eine Geschäftsbildungsdebatte verwischen. Es ist ihnen nicht gelungen. Die ergreifenden Worte, die Dr. Kraub in leicht schwerer Stunde des deutschen Volkes sprach, werden einen Weg zu den Herzen aller Deutschen finden. Ihr Eindruck wird durch keine vorübergehende Erregung einer Geschäftsbildungsdebatte aufgelöst.

**Englische Vorfahrungen gegen eine Flucht des Kaisers**  
Amsterdam, 10. Juli. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Bonar Law, daß England alle Vorfahrungen getroffen habe, um eine Flucht des Kaisers aus Holland nach Deutschland zu verhindern.

## Rund und Wissenschaft.

† Dresden Theaterspielplan für heute. Residenz-Theater: "Hannibal geht tanzen" (48). — Central-Theater: "Die Rutschbahn" (17).

† Eine wissenschaftliche Ehrengabe für Prinz Johann Georg. Eine Ehrengabe deutscher Wissenschaft wurde dem Prinzen Johann Georg, Herzog zu Sachsen, aus Anlaß seines 50. Geburtstages am 10. Juli überreicht. Zu dem Sammelwerk, das dem um die Förderung von Kunst und Wissenschaft maßgeblich verdienten Prinzen den Dank der deutschen katholischen Gelehrtenwelt ausdrücken soll, haben u. a. Beiträge geliefert: Kardinal-Erzbischof v. Hartmann-König, Erzbischof Dr. v. Faulhaber-München, Erzbischof Dr. Berthold-Breslau, Bischof v. Kempten-Rottenburg, Bischof v. Böhmann-Dresden, Bischof v. Hennemann von Amerika, Abt Heribert von Maria-Laach. In der Abteilung "Kunst" sind mit Beiträgen vertreten: P. Kreitmeier-München, Willyo-Breslau, Kaufmann-Frankfurt a. M., Swoboda-Wien, Witte-König, Sauer-Greifswald i. B., Reuß-Sonnen u. a. Die Abteilung "Literatur" enthält Aufsätze von Drerup-Wetzburg, Dorothea-Bonni, Krebs-Heriberg i. B. Unter den Abhandlungen über Geschichte befinden sich Arbeiten von Christian-Münch, Schnütgen, M. Spohn-Berlin, Cordaus-Bonn. Das Werk schließt mit Beiträgen aus verschiedenen Gebieten und gibt über Aufsätze aus der Feder von P. Wassmann-Bollenburg, Rodemacher-Bonn, Grauer-München, Oberstdörn. Den Abschluß bildet ein Aufsatz des P. Sebastian v. Oer-Beuron des früheren Erziehers am sächsischen Hofe, der in seinen "Jugenderinnerungen aus Hoflöwenburg" ein Gemälde der Höflichkeit am Hofe des Vaters des Prinzen bietet. Das Werk wird demnächst von Dr. E. Hesse-Z. Dresden herausgegeben und auch im Buchhandel erhältlich.

† Hugo Niemann, dessen Einscheiden in Leipzig soeben gemeldet wurde, wäre am 18. Juli 70 Jahre alt geworden. Der berühmte Musikgelehrte stammte aus Schwarzbach-Sonderhausen und hat in der Hauptstadt in Leipzig gewirkt, wo er seit 1895 Dozent, seit 1901 Professor der Musikwissenschaft an der Universität gewesen ist. Zuerst hatte er Jura, dann Philosophie und Geschichte studiert und erst nach dem Feldzug von 1870/71, den er mitgemacht hat, wandte er sich dem Studium der Musik zu. Als Dozent und Lehrer hat er sich in Bremen, in Bielefeld, zehn Jahre in Hamburg gewirkt, auch an den Konseravtien in Sonderhausen und Bielefeld ist er tätig gewesen. In

## Hertisches und Sachsisches. Zur Frage der Neubildung der sächsischen Regierung.

Wie bereits mitgeteilt, haben gestern, Donnerstag, vor mittag, Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Parteien der Mehrheitsfraktionen und der Unabhängigen stattgefunden, die sich bis nach Beginn der Sitzung hinzogen. Die Erwartung, daß es zu einer Einigung kommt werde, hat sich nicht erfüllt. Die geistigen Verhandlungen scheiterten abermals an den Voraussetzungen und Bedingungen, die die Unabhängigen aufstellten und an denen sie festhielten, trotzdem die Mehrheitsfraktionen ihnen erklären muften, daß sie bei allem Einigkeitsversuch am Ende ihrer Befriedigung seien. In bestelligen Kreisen wird an einer Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen gesieht. Die Voge wäre dann die Frage, wie sie am Tage der Aufrufung der ganzen Frage war. Die Demokraten sind zwar zur Beteiligung bereit, waren aber ab, bis die Mehrheitsfraktionen sie zum Eintritt einzuladen. Diese "Einladung" wird die mehrheitsfraktionäre Fraktion angehört der unverhältnismäßigen Haltung der Unabhängigen und nach dem vom Abgeordneten Endermann in der Kammer abgegebenen Erklärung nun doch noch ergehen lassen müssen. Nur können sie ihre Parteiregierung aus der "ungenügenden Situation" befreien, daß sie keine sichere Volkskammer mehrheitlich hinter sich hat.

### Eine Erklärung des Justizministers zum Neuring-Prozeß.

Zu den in der Beilage zur "Unabhängigen Volkszeitung" Nr. 154 vom 8. Juli 1919 erschienenen Artikeln "Der Prozeß Neuring" und "Sozialistische Regierung und Maister" und in Nummer 155 vom 9. Juli 1919: "172 Verhaftungen" ist zur Klärstellung wenigstens einiger darin enthaltener Unrichtigkeiten folgendes zu bemerkern: 1. Be treffs des Prozesses Neuring: 1. Die Regierung hat ihr bei der Vereidigung am 18. April 1919 gegebenes Wort, daß die Teilnehmer an den Demonstrationen und an der Besetzung des Blochhauses nicht kraftschüssig verfolgt werden sollen, soweit nicht gemeinsame Verbrechen vorliegen, in vollem Umfang eingehalten. Es sind bisher die Verfahren gegen insgesamt 55 Personen vom Gesamtministerium niedergeschlagen worden. Über eine weitere Anzahl von Nieder schlägen wird das Justizministerium der getroffenen Vereinbarung gemäß demnächst noch Entschließungen fassen. 2. Mit dem Schlagwort, daß die Landwirtschaft kämpfen oder bekämpft werden, ist es unmöglich, daß sich eine Aussaatmenge, die uns die Hälfte der Sachen darstellt, unter durchaus durchschnittlichen Umständen guten Erfolg liefern. Jeder Landwirt, der schon bei geringem Stoffaufwand mit dem Lager des Getreides zu kämpfen hat oder der trockene Saat keine beständigen Ergebnisse erzielt, sollte es daher mit dünner Aussaat versuchen.

Nach einer Mittagspause wurden die Verhandlungen mit einer Rede des Geheimen Falke vom Landwirtschaftlichen Institut der Universität Leipzig fortgesetzt. Geheimrat Falke sprach über den Wiederaufbau der sächsischen Landwirtschaft.

Um die Spitze der dafür zu erhebenden Forderungen reichte er die Erweiterung des Verständnisses für landwirtschaftliche Betriebsfragen sowohl in Landwirtschaft wie in Industrie ein. Nicht mit Schlagworten darf die Landwirtschaft kämpfen oder bekämpft werden, sie müsse von der Politik absondert bleiben. Eine verkärtige Intensität des Betriebes werde die Erzeugung steigern, freilich auch die Erzeugungskosten und damit die Preise. Nach dem Muster der hervorragenden Schweizer Landwirtschaft müßt man mehr Gewicht auf die Ausführung legen, die zur Ausführung der Daseinsnotwendigkeit und der Landwirtschaft selbst diene. Sehr wünschenswert sei der Ausbau der landwirtschaftlichen Versuchstationen; auch Dresden sollte eine erhalten. Gründliche Bodenbearbeitung und rationelle Düngung sei zu pflegen; auch der Futterbau bedürfe der Erneuerung. Von dem allen sei eine betriebswissenschaftliche Schulung — womöglich anständlicher Natur, etwa auf Domänen — und Beratung der Landwirte nötig. Besonders in Sachsen sollte auch die Viehzucht gesteigert werden. Sehr wichtig sei der Ausbau des Genossenschaftswesens. Eine wahre Erneuerung der sächsischen Wirtschaft bedürfe freilich der angestrebten Arbeit nicht nur eines Standes, sondern aller.

Nach Dankesworten des Geheimen Falke, der die Verdienste des Redners um die Entwicklung der Landwirtschaft in Sachsen preist, schloß die Versammlung gegen 14 Uhr.

herr Dr. Müller gab einen kurzen Geschäftsbericht, dem Ro- ein Fortzug Prof. Schellenbergers über die Vorträge dänischer Ausländer

anlässlich. Redner führt u. a. aus: Allgemein gebrauchlich ist noch die alte, starke Aussaat von durchschnittlich 100 kg je ha, die gemäß dem Alma, der Bodenart, Düngung usw. kleinen Veränderungen unterliegt. Die Saatmenge ist hauptsächlich das Ergebnis der Bestockungsfähigkeit der Getreidearten. Die Frage nun, ob die gegenwärtig verwendete Saatmenge richtig bemessen ist, muß vermieden werden. Als im Antrage entsprechend der Bundesratsvorstellung von 1915 die Saatmenge allgemein herabgesetzt wurde, glaubten viele Landwirte, sich bessere Bedingungen zu verschaffen. Ihr Beweggrund war die Furch, die Saaten möchten nach Ausgang des Winters zu dünn stehen. Nun sind es bekanntlich drei Umstände, die das Auswinteren der Kornfrucht verhindern: starker Frost bei Schneemangel, eine übermäßige Schneedecke über voller Saat und hauptsächlich das Auftreten des Fasaren-Wesens. Da aber alle drei Faktoren bei entsprechender Belebung fast unwirklich werden, war die Furch vor dem Überschreiten des Getreides grundsätzlich gegenstandslos. Dagegen muß zugegeben werden, daß die zu dichte Aussaat die Entwicklung der Blätter beeinträchtigt, wie das Gelände der Saaten zeigt, daß sie auch dem Lager des Getreides Worschub leistet. Prof. Grob (Tetschen) hat das schon vor 15 Jahren voll erkannt. Praktische Versuche mit dünnerer Aussaat sind dann in großem Maßstab auf Rittergut Wilsdruff von Geheimrat Andra, und auf Villnauer Flur von Geheimrat Steigley unternommen worden; die Getreidehöchstausbeute pflegen die neuen Verfahren nun schon zum überwiegenden Teil. — Im Dresdner Kreis sind die Erfolge des Erbgutsbauers Häberle bemerkenswert, der seit nun 10 Jahren dünn — je Hafer 90—120 Pfund Roggen, 100 bis 120 Pfund Hafer, 71,5 Pfund Gerste — und durchschnittlich erzielt: 34,2 Zentner Römer, 51,0 Zentner Stroh vom Hafer. Dabei liegen besonders günstige äußere Umstände auf seiner Beführung feinsteswegs vor, lediglich die erst im Frühjahr vorgenommene Stallmildung und die Bodenbearbeitung wären als solche zu nennen. Es ergibt sich also, daß schon eine Aussaatmenge, die uns die Hälfte der Sachen darstellt, unter durchaus durchschnittlichen Umständen guten Erfolg liefert. Jeder Landwirt, der schon bei geringem Stoffaufwand mit dem Lager des Getreides zu kämpfen hat oder der trockene Saat keine beständigen Ergebnisse erzielt, sollte es daher mit dünner Aussaat versuchen.

Nach einer Mittagspause wurden die Verhandlungen mit einer Rede des Geheimen Falke vom Landwirtschaftlichen Institut der Universität Leipzig fortgesetzt. Geheimrat Falke sprach über den Wiederaufbau der sächsischen Landwirtschaft.

Um die Spitze der für die erhebenden Forderungen reichte er die Erweiterung des Verständnisses für landwirtschaftliche Betriebsfragen sowohl in Landwirtschaft wie in Industrie ein. Nicht mit Schlagworten darf die Landwirtschaft kämpfen oder bekämpft werden, sie müsse von der Politik absondert bleiben. Eine verkärtige Intensität des Betriebes werde die Erzeugung steigern, freilich auch die Erzeugungskosten und damit die Preise. Nach dem Muster der hervorragenden Schweizer Landwirtschaft müßt man mehr Gewicht auf die Ausführung legen, die zur Ausführung der Daseinsnotwendigkeit und der Landwirtschaft selbst diene. Sehr wünschenswert sei der Ausbau der landwirtschaftlichen Versuchstationen; auch Dresden sollte eine erhalten. Gründliche Bodenbearbeitung und rationelle Düngung sei zu pflegen; auch der Futterbau bedürfe der Erneuerung. Von dem allen sei eine betriebswissenschaftliche Schulung — womöglich anständlicher Natur, etwa auf Domänen — und Beratung der Landwirte nötig. Besonders in Sachsen sollte auch die Viehzucht gesteigert werden. Sehr wichtig sei der Ausbau des Genossenschaftswesens. Eine wahre Erneuerung der sächsischen Wirtschaft bedürfe freilich der angestrebten Arbeit nicht nur eines Standes, sondern aller.

Nach Dankesworten des Geheimen Falke, der die Verdienste des Redners um die Entwicklung der Landwirtschaft in Sachsen preist, schloß die Versammlung gegen 14 Uhr.

### Haushalt und Wirtschaft.

**Nährmittelverteilung.**  
Von den für die Stadt Dresden am Zeit vom 6. Juli bis 2. August ausgeschriebenen Nährmittelkarten werden vom 19. Juli ab beliebt: Ab schnitt 18 der gelben Nährmittelkarte A mit 1 Pfund Kindergemüse, der roten Karte B mit ½ Pfund Gruppen geschrotete oder ungeschrotete, der grünen Karte C mit ¼ Pfund Gruppen geschrotete oder ungeschrotete, der blauen Karte D mit ½ Pfund Zwieback oder Knoblauchbrot oder Keks oder Käsekuchen. Anmeldung am 11. oder 12. Juli.

**Gübstoffverteilung.**  
Auf je einen Ausweis 817 der Bevölkerungskarte ist der Gübstoff-H-Padung (6. Juli bis 2. Aug. 1919) wird eine Gübstoff-H-Padung verteilt. Der Bezug des Gübstoffs ist in der Zeit vom 15. bis 20. Juli in einer bissigen Apotheke oder Drogeriehandlung ohne Voranmeldung gegen Abgabe des Ausweises 817 und Vorlegung des Einwohnermeldebescheids zum Preise von 15 Pf. zulässig.

**Meatversorgung in der Amtskantonschaft Dresden.** einschließlich der Stadt Nadeburg. Für die Woche vom 7. bis 13. Juli erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe U: Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—100 Gramm Fleisch bez. Wurst, Personen bis zu 6 Jahren

Beilung im Jahre 1920 von der dortigen Stadtverordnetenversammlung ein Vorrecht bis zu 150 000 Mark bewilligt worden. Eine Kunstmalerische Wurstkasse ist vom Wirtschaftsverein des bayerischen Kunstmachers in der Münchner Reichsakademie eröffnet worden. — Der Münchner Architekt Gottlieb Weissenbacher wurde zum Direktor der Kunstsammlung des Museums Ferdinandum" in Nürnberg ernannt.

**Die neuen Nationalversammlung-Briefmarken.**  
Man schreibe uns: Seit einigen Tagen werden an den Postanstalten die neuen, von der Nationalversammlung herausgegebenen Erinnerungsbriefmarken verkauft. Es sind, soweit ich weiß, nur Erinnerungsbriefmarken, werden also nicht dauernd im Umlauf bleiben, und das ist wohl das einzige, was uns an den Marken erfreuen kann. Sie sind auf dem Wege des Preis auszeichnenden Auslandes gekommen, die jungen Käufer des neuen Deutschlands sollen sich stark beteiligt haben, aber das Ergebnis ist, rund herausgelegt, ein beschämendes! So weit nicht, ob andere Entwürfe ansprechender waren, die ausgewählten aber werden, so viel ist sicher, in den weitesten Kreisen bestreitbar, scheinbar, vielleicht sogar ein mi leidiges Lächeln herzurossen. — Gedruckt wurden die Werte für 10, 15 und 25 Pfennig, und allein die 15-Pfennig-Marke kann bestreitig. Die Darstellung in einem Oval — junge Eichenblätter, die aus einem alten Märschblatt feinen — ist verständlicher, die haben, braun und blau, harmonischer als bei den anderen, die gotische, um das Oval herumgeführt. Schrift "Deutsche Nationalversammlung 1919" klar und deutlich. Die Wertbezeichnung steht in den vier freien Ecken.

— Vollig verunstaltet erscheint mit die Zahl der beiden anderen Werten. Die in Rotbraun gehaltene 10-Pfennig-Marke zeigt als Bild einen Baum, der wohl eine Eiche barstellen soll, den man aber ebenso gut für irgendeinen Gewächs halten könnte. Darüber und darunter ist je ein Band, auf dem die Worte "Deutsche" und "Nationalversammlung" stehen. Die umgebogenen Enden der Bänder hängen dünn und ohne rechteckige Zusammenfassung herab. Band höchst wirkt der verschlechtezte Wohltat der unschönen Baudenkmäler, dadurch beginnt, daß das längere "Nationalversammlung" auf fast dem gleichen Raum Platz finden sollte wie "Deutsche". Eine andere Lösung, z. B. durch andere Verteilung der Worte, wäre sicher möglich gewesen. Stilistisch die kürzlich geschriebene, durch den Baum halbierte Jahreszahl 1919. Deutlich allein ist auf der Marke nur die Wertbezeichnung 10, die am unteren Rande in der Mitte steht. — Das schlimmste ist aber wohl die dritte Marke zu

auf die Reichsschlafmarken 1-5 50 Gramm Fleisch das Bark. Außerdem kommen auf Abschnitt 4 der Einführungsauskarte an Personen über 6 Jahre 100 Gramm ausländisches Geflügel und 100 Gramm Kindergesellschaft, an Personen bis zu 6 Jahren 50 Gramm ausländisches Geflügel und 50 Gramm Kindergesellschaft zur Verteilung.

Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Riesa sindlich der Stadt Radeberg ist vom 7. Juli an bis auf weiteres eine Herabsetzung der Preise für Auslandslebensmittel eingetreten, und zwar wird je ein Pfund Mehl für 85 Pf., Fleisch für 4,44 Pf., Getreide für 5,20 Pf., Kartoffeln für 15 Pf. an die Verbraucher abgegeben. Die bisherige Preisstaffelung nach dem Einkommen ist wegfallen.

#### Nichtpreise für Bienenhonig.

Nachdem aufzöge Verordnung des Reichsnährungsministeriums die Höchstpreise für Honig außer Kraft getreten sind, werden für Bienenhonig folgende Nichtpreise festgelegt:

Bei Abgabe von Erzeuger an den Händler 4 Pf. das Pfund, bei Abgabe vom Erzeuger an den Verbraucher 4,25 Pf. das Pfund, und bei Abgabe vom Händler an den Verbraucher 5 Pf. das Pfund.

Die Preise verneben sich ausdrücklich Verpackung.

— Über die Frage der Weiterführung des Galerie-Neubaus verhandelte gestern, Donnerstag, der Finanzausschuss A. Aus den Mitteilungen der Regierungskommission ergab sich, dass das Kultusministerium die baldige Ausführung des Baues wünscht, während sie das Finanzministerium angeholt der ungünstigen finanziellen Lage des Staates zugeht ablehnt, um so mehr, als sich der Voranschlag für den Neubau von 190000 auf 4000000 Pf. erhöht hat. Ein bindender Beschluss wurde noch nicht gejaht; es soll zunächst die Entscheidung des Gesamtministeriums in dieser Frage abgewartet werden.

— Früherer Schulabschluss für auswärtige Schüler. Da am Donnerstag früh die Leiter der höheren Schulen von der Einigung im sächsischen Bergbau noch keine Kenntnis hatten, gaben sie in der Besichtung, dass der Personenzugverkehr auf den Eisenbahnen beute, Freitag, eingekettet sein würde und die Schüler dann keine Gelegenheit zur Heimreise haben würden, deren Männchen statt, schon am Donnerstag abreisen zu dürfen. Auf den Bahnhöfen entwickelte sich infolgedessen gestern ein starker Reiseverkehr.

— In den Einigungsberechnungen im Bergbau ist noch nachzutragen, dass die zu zahlende Entschädigung für den Monat Juni nur dadurch möglich wird, dass die sächsische Regierung den erforderlichen Betrag in Höhe von 12 Millionen Mark vorschreibt. Dieser Betrag soll allmählich gedeckt werden durch die auch weiterhin zu erfolgende Erhebung des im März bewilligten Aufzugs zum Kohlenpreise. Zur Früh- und Mittagszeit ist am Donnerstag im Augau-Döhlener Revier nur ein kleiner Teil der Belegschaft angefahren. Wie wir jedoch zuverlässig erfahren, soll die Arbeit Freitag früh allgemein aufgenommen werden.

— Zum Streik im Gastwirtschaftsgewerbe. Nachsten Montag finden im Arbeitsministerium Verhandlungen des Schlichtungsausschusses statt, an denen vorwiegendlich je fünf Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer teilnehmen werden. Eine am Donnerstag im Volkshaus abgehaltene Versammlung der streitenden Gastwirkschaften nahm nach einem längeren Berichte des Kollegen Hölder über die Streitlage eine Entschließung an, in der erklärt wird, dass man zunächst die überwundenen Verhandlungen des Schlichtungsausschusses abwarten will. Der Streitleitung wurde das Vertrauen ausgesprochen. Da die Stimmung der Gastwirke ebenfalls sehr unverschämt ist, dürfte die Hoffnung, dass der Streik bald zu Ende ist, sich kaum erfüllen.

— Wegen des Demonstrationsanges der Gaskräfte. Besonders, der, wie berichtet, am Mittwoch stattgefunden hat, erlässt der Geschäftshaber von Dresden und Umgebung eine Bekanntmachung. Im Anschluss daran sei nochmals vor allen Verküpfungen gegen die zurzeit gültigen Anordnungen für den Belagerungszustand gewarnt. Der Geschäftshaber hat bisher bei der Handhabung dieser Bestimmungen weitgehend Einflussgewinne gewonnen, wurde jedoch im Falle erneuter Verküpfungen von den ihm zu Gebote stehenden Nachmittags Gebrauch machen müssen.

— Entzündungskündigung der sächsischen Schuldirektoren. Die Chemischen Schuldirektoren halten in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung einstimmig eine Entzündungskündigung angenommen, die dem Kultusministerium und der Volksfammer telegraphisch übermittelt worden ist. Diese Entzündung ist nunmehr auch vom Vorstand des Vereins sächsischer Schuldirektoren zu der seivigen gemacht worden: Sie lautet: „Mit Erachtung und Empörung haben wir von dem Beschluss des Schiedsgerichts-Ausschusses gehörig, den im Amt befindlichen Schuldirektoren die ihnen vom Staate feierlich ausgescherte Unbeküpfbarkeit ihrer Stellung zu nehmen und ihnen die Pflicht aufzuerlegen, sich erneut zur Wahl zu stellen. Wenn man nun auch nicht glauben kann, dass in einem Reichstaat eine Kammermehrheit einem Beschluss zustimmt, der allen Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit hört spricht, so muss doch gleichwohl flammender Widerstreit erhoben

— Pfennig in Grün und Rot. Sie hat die ovale Bildumrahmung der 10-Pfennig-Mark. Im mittleren Feld steht auf rotem Grunde ein nackter Mann, der über sich ein Brett mit Steinen hält und wohl den Wiederaufbau Deutschlands veranschaulichen soll. Man kann sich aber ebenso gut das aus Kronarbeit verzierte deutsche Volk darunter vorstellen! Ich könnte mir so — auch dem Typus nach — einen Angehörigen des Volkes Israel, der Biegel für Pharaos Kleid, dargestellt denken. Die Zeichnung ist primitiv, man sieht sich nur den verklumpten linken Fuß an. Hinten ihm schwebt eine riesengroße Kelle als Raumfüllung in der Luft, vor ihm, völlig überwölbt, da das Gewicht ohnedies noch links drückt, die Werbezeichnung 2, die dadurch, weil sie auch noch in den vier Ecken des äußeren Randes auftritt, fünfmal vorhanden ist. Die auf weissem, ovalen Randum die Zeichnung herumlaufenden Antiqualettern sind allerdings klar. Alles in allem ist aber die Marke ein Missgriff, bei dem man sich nur freuen kann, dass sie als 20-Pfennig-Marke weniger stark in den Umlauf kommen wird. Zusammenfassend möchte ich nochmals betonen, dass der Hauptabschuss der Marken, mit Ausnahme vielleicht der 10-Pfennig-Marke, ihre Unlöslichkeit ist. Briefmarken sollen keine Bildersäule sein! Wir haben lange genug in dem Kriege gestanden, die häflichsten Briefmarken zu haben. Hoffen wir nun, dass unsere neuen Reichsbüromarken endlich Wandel schaffen, das wir in ihnen etwas künsterlich Wertvolles und Schönes bekommen.“

Das Reichspostministerium verwahrt sich in einer Mitteilung an die Presse gegen die ihm wegen der Herausgabe der „Auschwitzlizenzen“ gemachten Vorwürfe. Es bemerkt n. a.: „In dem Preisauskreibungen für Einwände an diesen Marken sind alle Künstler und Kunstsammler der verschiedenen Kunstrichtungen aufgerufen: außerdem wurden einige Mitglieder der Nationalversammlung hinzugezogen. Das Preisgericht war vollständig frei und unbeeinflusst in seinem Urteil, insbesondere hat das Reichspostministerium nach keiner Richtung hin irgendwelchen Einfluss ausgeübt. Das Preisgericht hat sich die Entscheidung darüber ausbedungen, welche Marken zur Einführung gelangen sollten, und sich energisch verbeten, dass etwa der Reichspostminister ihm ins Handwerk pische. Dementsprechend ist versucht worden.“

## Stadtverordneten-Sitzung.

Nach Eröffnung der gestrigen 20. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten teilte der Vorstand der Finanzministerie mit, dass der Vorstand der Röverordneten beschlossen habe, mit Rücksicht auf den Beginn der großen Schulferien am 12. Juli in der nächsten Woche keine Sitzung mehr abzuhalten, sondern entgegen einem früheren Beschluss schreite in die Ferien einzutreten. Sollten wichtige Angelegenheiten zu erledigen sein, so würde eine Auftakt-Sitzung stattfinden. Die Röverordnete nahm hieron zustimmen.

#### Milizionenmechanismus für Arbeiterschule.

Infolge des mit den städtischen Arbeitern abgeschlossenen Tarifvertrages macht sich ein Mehranwand für Arbeiterschule im Betrage von 200000 Pf. auf die Zeit vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 1919 erforderlich. Ohne Debatte wurde die Bewilligung einstimmig ausgesprochen.

Abbildungnahmen gegen die Belärmung der Straßen wünschte eine Gingabe des Bezirks- und Bürgervereins für Plauen und Südwest. Wie es in der Gingabe heißt, sei die Straßeneinigung nicht mehr auf den Höhe. Dazu kommt, dass die Villenbesitzer vielfach ihre Wagenstände zur Verstärkung ihrer Bediensteten auf die Straße führen. Der Rat sagte zu, das Reinigungspersonal ernst anzusehen, diejenigen Hundebesitzer aber in Strafe zu nehmen, die nicht verhindern, dass die Tiere die Gangbahnen befahren.

Weitere 2 Millionen Mark für Erwerbslosenhilfe wurden in Übereinstimmung mit der Ratvorlage als Berechnungsgeld einstimmig bewilligt. Auch die Bewilligung von 500000 Pf. zur Beschaffung von Gasmefern wurde einstimmig ausgesprochen. Für die Wiederherstellungsarbeiten im König-Gorg-Gymnasium, das während des Krieges als Krankenhaus genutzt worden ist, machen sich 30000 Pf. notwendig, deren Herausgabe genehmigt wurde.

Nach Erledigung des Eingangsergänzungssatzes beschäftigte sich die Röverordnete mit der Ratvorlage über die

Erhebung eines Steuer von Glückspielen und die Errichtung eines 8. Notrathages zur Gemeindesteuerordnung. Wie in dem betreffenden Ratssitzungen ausgeführt wird, ist in der letzten Zeit in weiten Kreisen der Bevölkerung ein bemerkenswertes Interesse an Spielen aller Art festzustellen gewesen. Es haben sich insbesondere in den Großstädten Klubs und andere geschlossene Gesellschaften gebildet, in denen ein regelmäßiger Spielbetrieb stattfindet. Dabei war zu bemerken, dass beim Spiele vielfach sehr beträchtliche Umsätze gemacht werden. Es erscheint deshalb angezeigt, dass man auch das Spiel, wie es bereits für andere Lizenzierten geschehen ist, in den Kreis derjenigen Veranstaltungen zieht, für welche für die Allgemeinheit ein Entgelt in Gestalt einer Steuer erhoben wird. Auch die Verleinerung von Glückspielen unterliegt einer Belehrung nicht. Es schlagen insbesondere gegen eine Besteuerung die Bestimmungen des Strafgesetzes in § 281 folge, nicht ein. Hierzu ist das Glückspiel als solches nicht strafbar. Unter Strafe gestellt ist nur der, welcher aus dem Glückspiel ein Gewinn macht, der Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes, welcher Glückspiele darauf gestattet oder auf Verhinderung solcher Spiele mitwirkt, oder der Verantalter öffentlicher Lotterien ohne obrigkeitlicher Erlaubnis. Die Einführung einer Steuer wird vor allem die Glücksspiel in privaten Vereinigungen zu erschaffen haben. Glücksspiele in öffentlichen Lokalen werden dagegen nur schwer zu fassen sein. Der Ertrag wird monatlich auf 20000 bis 25000 Pf. geschätzt. Die Steuer soll 10 Prozent der vollen Mark beträgt der Bruttoeinnahmen aus Karten- und Spielgeldern und ähnlichen Entgelten, bei Einnahmen über 2000 Mark 20 Prozent, über 5000 Pf. 30 Prozent, über 10000 Mark 40 Prozent und über 20000 Pf. 50 Prozent betragen. Werden von den Einnahmen eines Bankhändlers keine oder geringere Spielgelder als 5 Prozent erhoben, so wird der Steuer ein Spieldorf von 5 Prozent des Einnahmes zugrunde gelegt.

Für den Finanzausschuss berichtete St.-B. Grafe, für den Reichsbaudirektor St.-B. Wallenbergs. Sie hielten die Steuerabgabe des Rates für zu niedrig und schlugen in ihrem Mehrheitsgutachten daher vor, dass die Steuer bis 5000 Pf. Bruttoeinnahmen 10 Prozent betragen sollte, über 5000 Pf. 40 Prozent, über 10000 Pf. 50 Prozent, über 20000 Pf.

werden gegen alle Bestrebungen, einer einzelnen Beamtengruppe, die alle ihre staatsbürgerschaftlichen Rechte erfüllt, die ihr im Anstellungsvertrag gewährleisteten Rechte willkürlich zu nehmen und dadurch die Art an das gesamte Beamtenrecht überhaupt anlegen. Eine durchbare Schule wird und muss über die kommen, die die ersten Streiche führen. Wenn nicht mehr Recht bleibt, was Recht ist, müssen die Grundfesten des Staates wanken.“

— Die Goldene Hochzeit feiert heute, Freitag, der Botenmeister a. D. Adolf Ulrich mit seiner Gattin.

— Volksbildungskomitee. Die Gemeindegruppe „Drei-Länder-Komitee“ veranstaltet heute, Freitag, 1/2 Uhr bei Pollocka eine Mitglieder- und Werberversammlung. Kreisheimatverbund hält einen Bildbühnenvortrag über das Thema „Der Weiber“ der von Vorgesängen des Kirchenchores der Dreiländerkomitee unter Leitung von Kirchenmusikdirektor Horrmann umrahmt sein wird.

— Volksbildungskomitee. Morgen Sonnabend abends 1/2 Uhr volksschule, Gottfried-Keller-Haus im Festsaal der Realschule Sebnitz. Kosten nur in der Geschichte.

— Der Verband der Bürgervereinigungen von Kunstgewerbeschule Dresden-Althalden hält morgen Sonnabend nachmittags 4 Uhr im Historischen Dresden, Grünes Zimmer, eine Mitgliederversammlung ab.

— Der Männergesangverein „Einigkeit“ in Vorstadt Löbtau veranstaltet heute sein Sommerkonzert im Saal der „Außenhalle“ unter Mitwirkung von Lieges Konzertkapelle.

— Ringtheaterverein. Herr Karl Schwabach, der am Dienstag den Vorhang über die Entwicklung der Ringerschaft im Kriege hält, legt Wert auf die Feststellung, dass ihm nicht der ironisch im Verhältnis liegende Dienstab eines Kapitänleutnants auffiel, sondern dass er „Leutnant a. R. und Wehrmeister eines Marineinfanterie-Regiments“ ist.

— Pietro Carraschi. Der Auftakt-Meister Josef Konzert wird heute, Freitag, abends eine Demonstration dieser aus Japan kommenden Selbstverteidigungsmethode veranstalten. Danen hat die Polizei in vielen Großstädten, u. a. auch in Berlin, in dieser Methode ausgebildet. — Ergebnisse der Ringkämpfe am 9. Juli: Schwab (Berlin) gegen Stolzenwald (Esen), Sieger: Stolzenwald, 15 Min. Umreiter-Siegs. Kämpfer (Kleinland) gegen Roland (Sachsen); konnte wegen des Eintritts des Polizeistandortes nicht mehr aufzutreten. — Entscheidungskampf: Hansen (Dänemark) gegen Hornig (Weltmeister); musste nach 1 Stunde 38 Min. Schwammlen infolge Eintritts der Polizeistunde abgebrochen werden. Der Kampf zwischen den beiden Kämpfern Hornig und Hansen konnte nicht zur Entscheidung kommen und wird an einem der nächsten Abende fortgesetzt werden. Das dritte Paar konnte des langen Kampfes zwischen Hansen und Hornig wegen nicht mehr eingespielt.

— In den Volksschulen Ritterstraße 11 und Ellenstraße 31 haben im Januar 1745 Personen gebetet.

— Tödlicher Unglücksfall. Am Mittwoch vormittag wurde auf dem Schützenplatz der 58 Jahre alte, in der Wohnung wohnhafte Magazinverwalter Mammißlich von einem Autofahrer überfahren. Im Krankenhaus erlag der Verunglückte seinen Verletzungen.

— Tödlicher Tod. Die von der Firma Paul Hanke veranstaltete Ausstellung von Beerenblätter, Bergkristall, Blütenkrusten, Rosen- und Gartengräten steht nur noch heute Freitag für die Allgemeinheit offen.

— Pirna. Die Stadtverordneten beschlossen die Übernahme der Handelschule in sächsische Verwaltung.

— Vereinskalender für heute.

— M.-Verein Jaf.-Mtg. 104: Monatsversammlung, 8. Februar 1919. M.-G.-C. Niederlausitz-Harmonie: Übung.

— Brotkäse für die Kriegsblinde.

— Deutsche Suppe, Bäuerlecken-Pudding mit Kirschkompott.

60 Prozent und über 30000 Pf. 75 Prozent. Gleichzeitig erlauben die Ausköpfe den Rat, alle zurzeit gebotenen gesetzlichen Mittel anzuwenden, um das Glücksspiel zu verbieten, und jenseits diese nicht ausreichen, bei den Regelungen vorsichtig zu werden, das unverzüglich im Wege eines Reichsgesetz-Spielclubs, in denen Glücksspiel betrieben wird, verboten werden, sowie ferner durch geplante Maßnahmen dem verderblichen Einfluss der Spielstätten für Jugendliche (Geschäftlichkeitsapparate) entgegenzuwirken.

Ein Minderheitsentscheid des Gläcksspielers Behmann schlug vor, die Einführung der Gläcksspielsteuer abzulehnen und den Rat zu ersuchen, auf ein Verbot von Spielclubs, in denen das Glücksspiel betrieben wird, hinzuwirken. Die Spielclubs seien ein Schandmal für die Stadt, das so schnell wie möglich beseitigt werden müsse. Man sollte nicht Kompromiss machen und von den Leuten das Sündergeld nehmen. Durch die Steuer würden die Gläcksspielmaßnahmen funktionieren. Er warnte vor einem solchen Beginnen. Die Absicht, nur die Spielgelder zu besteuern, sei ein Schlag in Wasser. Die Kontrolle sei sehr schwierig.

St.-B. Sonntag stellte den Aufschlusstrag, die Benutzung der sogenannten Gläckssautomaten für schulpflichtige Kinder zu verbieten.

Es folgte eine lebhafte Aussprache. St.-B. Dr. Dienemann: Durch die Steuer werde das Glücksspiel als notwendiges Nebenprodukt anerkannt. Man sollte alles tun, um ein Umlaufkreis der Peitsche zu verhindern. St.-B. Thiersfelder trat ebenfalls für das Minderheitsentscheid des Gläcksspielers Behmann ein. Die Besteuerung des Glücksspiels sei eine ungünstige Maßnahme. Frau St.-B. Dr. Scheven bezeichnete das Mehrheitsentscheid als widerprüchlich. Durch ein Projekt der Reichsregierung könnten die Spielclubs sehr schnell verboten werden. Stadtrat Dr. Hübert äußerte, dass der Rat seinerseits auch das Überhandnehmen des Glücksspiels verurteile und alle Mittel anwenden wolle, es einzudämmen. Aber man sei sich bewusst, dass es zurzeit an wirklichen gesetzlichen Mitteln fehle. Daher wolle man das Glücksspiel besteuern. Lotterie, Totalisator und Buchergewinne würden ebenfalls besteuert. Gläcksspieler Lehmann bemerkte, dass der Totalisator ebenfalls eine Quelle des Verderbens sei; durch die Vandalenlotterie sei noch kein großes Unglück hervorgerufen worden. — Das Minderheitsentscheid wurde mit 30 Stimmen der Rechten und der Linksbürger gegen 20 Stimmen der Linken und der Linksbürger abgelehnt und darauf das Mehrheitsentscheid mit dem Zusatztrag Sonntag angenommen. Damit ist die Steuer beschlossen.

Über die Erhöhung der Teuerungssteuer an gewisse Lehrkräfte der staatlichen Schulen berichtete St.-B. John. St.-B. Wirsching stellte den Zusatztrag, in einer neuen Prüfung der Vergütungen an gewisse Lehrkräfte besonders an der Gewerbeschule unter Bezeichnung der Lehrerausköpfe einzutreten. Stadtrat Dr. Hartmann bemerkte, dass der Rat in intensiver Weise vorgebrachte Sätze St.-B. Glasius bestimmt den Zusatztrag Wirsching. Die Ratvorlage wurde angenommen, ebenso der Zusatztrag Wirsching.

Durch einen Dringlichkeitsantrag des St.-B. Oertel wurde der Rat erlaubt, unverzüglich eine Vorlage anzubereiten, nach der den städtischen Beamten und Angestellten, sowie Lehrern.

Ausgleichssteuererhebung

gewisse Lehrkräfte der staatlichen Schulen berichtete St.-B. John. St.-B. Wirsching stellte den Zusatztrag, in einer neuen Prüfung der Vergütungen an gewisse Lehrkräfte besonders an der Gewerbeschule unter Bezeichnung der Lehrerausköpfe einzutreten. Stadtrat Dr. Hartmann bemerkte, dass der Rat in intensiver Weise vorgebrachte Sätze St.-B. Glasius bestimmt den Zusatztrag Wirsching. Die Ratvorlage wurde angenommen, ebenso der Zusatztrag Wirsching. Durch einen Dringlichkeitsantrag des St.-B. Oertel wurde der Rat erlaubt, unverzüglich eine Vorlage anzubereiten, nach der den städtischen Beamten und Angestellten, sowie Lehrern.

— Schriftführer Pöhlke beantragte, den Antrag dem Gewaltungs- und Finanzausschuss zu überweisen, da man nicht übersehen könne, welche finanziellen Folgen der Antrag habe. St.-B. Grafe bedauerte den Antrag des Vorredners. St.-B. Högl empfahl den Verweisungsantrag zur Annahme. Die Röverordnete beschloss demgemäß.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 Uhr 20 Min. Es folgte eine geheime Sitzung.

## Sächsische Volksfammer.

Dresden, 10. Juli, nachm. 1 Uhr.

Auf der Tagessordnung stehen

Petitionen verschiedener Inhalts.

Die Petition der Hebammen i. R. Frau Anna Wagner in Döbeln um Erhöhung der Anhängerabgabes der Hebammen überweisen die Kammer der Regierung zur Erwähnung.

Über die Petition des Instituts für experimentelle Pädagogik und Psychologie des Leipziger Lehrerseminars um eine ländliche Zuwendung von 20000 Pf. berichtet Abg. Schwager (Dem.). Er weist darauf hin, dass es sonderbar anmutet, wenn eine an die Volksfammer gerichtete Billigkraft von Fremdworten wimmelt, wie diese. — Die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung in dem Sinne überwiesen, dass 20000 Pf. in den nächsten ordentlichen Staatshaushaltplan eingestellt werden.

Eine Petition des Begeverbandes Briesnich-Kemnitz-Strehlitz um Übernahme der im Verbandsbereich gelegenen Weißer Straße in staatliche Unterhaltung beschließt das Haus auf sich beruhnen zu lassen. Der Ausschuss erachtet bei dieser Gelegenheit die Regierung, dass Begeverbande, dessen Vorbereitungen schon jahrelang im Gange seien, baldigst der Kammer vorzulegen.

## Börsen- und Handelsteil.

**Berlin, 10. Juli.** (Vig. Drahtmeli.) **Berliner Börschörse.** Die amme erfolgte Stabilisierung des Friedens bewirkt heute eine in den drei ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres in beiden weiteren Befestigung. Kriegsanleihe handelte man mit 70% %. Abteilungen gut gearbeitet habe und das auch noch für einige Zeit Ausfälle vorliegen. Wie sich die Zukunft gestalten werde, hängt von der Versorgung mit Rohstoffen und der Arbeitsfrage ab.

**Zwickauer Maschinenfabrik Aktiengesellschaft** in Zwickau. Die Hauptversammlung segte die Dividende auf 10% für die Vor- ausgaben und 5% für die Sammotaßen seit. Es wurde mitgeteilt, daß, wenn auch genügend Aufträge vorliegen, so gleichzeitig ein Urteil über das voranschlagende Jahresergebnis nicht abgegeben werde. Für das eine Wiederwahl ablehnende Aufsichtsratsmitglied Kommerzienrat Heintzel wurde eine Erklärung nicht vor-

genommen.

**Berliner Produktionspreise.** Die anhaltende Zunahme der An- gehöre von Erzeugstoffen hatte sich auch heute als drückend auf die Marktlage erwiesen, doch sind die neuerdings gemachten Aussichten nicht geeignet gewesen, die Kauflust stärker angeregen. Alles deutet nach wie vor klapp und neue Ware wurde ebenso in möglichem Umfang zum Verkauf gebracht, doch sinkt die Verkaufs- verhältnisse für langfristige Abschlüsse durchaus nicht sonderlich groß gewesen. Getreidepreis auf Abladung stand ebenso wie Kapitalkost weit über Bedarf zur Verhüllung. Das Gastragösch ist es noch recht gut geblieben. Für Lupinen und Getreide wurden mit geringem Erfolg Ränder gefunden. Einziges Interesse zeigte sich bei Spargel und Gräsern. Kohl- und Gemüseplatten fanden schwer Abzug. Auch Sodapast und Nüsse sind kaum gekauft, aber bereits mehr angeboten worden. — **Wetter:** Bewölkt, aber schön.

**Kriegsanleihe bei Steuerzahlung.** Ein Erwerber grüßer Pachten von Kriegsanleihe schreibt der "Kraut": „In den Steuerabrechnungen werden die Kriegsanleihenbegleiter von denjenigen, die Kriegsanleihen durch Kauf erworben haben, bevorzugt; nur den Besitzern sollen bei der Abgabe 5% Anteile aufzu- zum Betrag und 45% Höhe Titel zu einem noch festzulegenden Vorauszahlung in Rechnung gebracht werden. Wenn man Bedenken gegenüber dieser Regelung hat, so sind sie jetzt geltend zu machen, weil man eine gleiche Unterscheidung wohl auch für die künftige große Vermögensabgabe erwarten muß. Mir will scheinen, als habe man nicht genügend an Personen gedacht, die solche Mittel hätten, sich breitstellen, diese durch Räume von Kriegs- anleihen anzulegen. Solche Räume geben den Banken und schnell realisierenden Industriefirmen doch oft die Mittel zu neuen Belas- tungen; sollen jene Erwerber schlechter gefehlt sein, weil sie nicht bis zur nächsten Anleiheauslösung warten wollten? Die Häute lädt sich vermeiden. Man nehme einen Zeitpunkt als Sichttag, an dem noch kein nennenswerte Kurzabgang stattgefunden hatte, etwa den 1. Juli 1918, und gewähre dem, der den früheren Erwerb nachweisen kann, das gleiche Recht wie den Neukäufern, aber wenigstens das Recht auf Abrechnung an dem nachweisbar beobach- teten Kurs. Der Nachweis würde durch Schlussnoten, Briefe und Bücher zu führen sein; die Gefahr der Fälschung ist bei dem Charakter unserer Banknoten minimal, könnte auch durch eid- schriftliche Versicherungen verringert werden.“ — Soviel bekannt, so auch an amtlicher Stelle mit Absicht auf die Ausgaben der geplanten Eröffnungskonferenz eine Anregung ähnlichen Jubelabs- ergangen; ob sie Erfolg hat, muß sich zeigen.

\* **Erlösung einer Wiener Messe.** Der schon vor dem Erste Weltkrieg erprobte Plan zur Errichtung einer Wiener Messe hat nunmehr neuerlich greifbare Formen angenommen. Unter dem Schutz des Staatsrates für Handel und unter Anleitung des Vereins "Handelskonsument" hat sich ein Aktionskomitee gebil- det, welches die notwendigen Vorarbeiten erledigt. Es ist daran gedacht, jährlich im Jahre, und zwar im Frühjahr, um Herbst, künftige Mustermessen abzuhalten und überdies durch fortlaufende Ausstellungen die Kaufverksamkeit des öster- reichischen und internationales Publikums auf Wien und die Ge- genwart Deutschösterreich zu lenken. Träger des Unternehmens soll eine G. m. b. H. sein, welcher voraussichtlich ein größeres Ausmaß, in welchem alle Interessenten vertreten sind, zur Rechte stehen wird. Die Messen sollen vorerst in der ehemaligen Han- markt-Galerie, später in der Hofburg-Kaserne stattfinden.

**Beginn die Errichtung einer ländlichen Außenhandelsstelle.** Die Dresdner Handelskammer sprach sich in einem gemeinsamen Be- rich der sächsischen Handelskammern an das Ministerium gegen die Errichtung einer ländlichen Außenhandels- stelle nach böhmischen Vorbild aus. In der sächsischen Gür- stadt ist eine gefährliche Durchbrechung der einheitlichen Handels- politik des Deutschen Reichs an erkennen und deshalb die Nach- ahmung für Sachen nicht zu empfehlen.

**Anmeldung ungarischer Guthaben und Postberungen.** Der Verband Sächsischer Industrieller nimmt in seinem Bureau, Bürgewiese 24, 1., Anmeldungen von Postberungen und Guthaben in Ungarn entgegen und leitet dieselben weiter an die Hauptabteilung für deutsche Güterguts in Ungarn des Deutsch-Oster- reichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbands. Formulare, die für jeden einzelnen Schuldnern besonderst ausgestellt werden müssen, können beim Verband Sächsischer Industrieller bezogen werden; zähre Auskunft erteilt die Geschäftsstelle.

**Dresdner Spülzappanfabrik Aktiengesellschaft, Görlitz, Sa.** Der Aufsichtsrat beschloß in seiner letzten Sitzung, der auf den 25. August eingubernden Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 9% (12% 1. Kl. A.) vorzuschlagen.

**Death Ritter, A.G. in Chemnitz.** Die Hauptversammlung legte die Dividende auf 10% fest. Die Verwaltung teilte über

die gegenwärtige Geschäftslage mit, daß das Werk annahme erfolgte Stabilisierung des Friedens bewirkt heute eine in den drei ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres in beiden weiteren Befestigung. Kriegsanleihe handelte man mit 70% %. Abteilungen gut gearbeitet habe und das auch noch für einige Zeit Ausfälle vorliegen. Wie sich die Zukunft gestalten werde, hängt von der Versorgung mit Rohstoffen und der Arbeitsfrage ab.

**Zwickauer Maschinenfabrik Aktiengesellschaft** in Zwickau. Die Hauptversammlung segte die Dividende auf 10% für die Vor- ausgaben und 5% für die Sammotaßen seit. Es wurde mitgeteilt, daß, wenn auch genügend Aufträge vorliegen, so gleichzeitig ein Urteil über das voranschlagende Jahresergebnis nicht abgegeben werde. Für das eine Wiederwahl ablehnende Aufsichtsratsmitglied Kommerzienrat Heintzel wurde eine Erklärung nicht vor-

genommen.

**Die Deutsche Hypothekenbank (Metz-Gesellschaft), Berlin,** kündigt laut Bekanntmachung im heutigen Anzeigetafel von ihren 45% Hypothekendarlehen, Seite 17, einen Teilbetrag von 10 Millionen Mark zur Fort-Aufzahlung auf den 31. Oktober 1919. Die gekündigten Städte tragen das Aufzahlungsbatum 15. Juli 1907.

**Berliner Weizenkellerei Branntwischen-H. G. in Halle a. S.** Die Gesellschaft schreibt das Geschäftsjahr 1918/19 ab nach Abschluß eines von 1.024.026 M. (1. B. 1.840.534 M.) einschließlichen Berichts aus dem Vorjahr mit einem Brüngement von 140.100 M. (1. B. 100.000 M.). Hieraus soll eine Dividende von 8% (10%) aus der Ver- teilung gesetzten und 197.529 M. (209.772 M.) aus neue Bedingungen vorgezogen werden. In ihrem Auskörberbericht sagt die Verwaltung über den nach der politischen Unruhigkeit eingetretenen Arbeitermangel, der zur Folge hatte, daß die entstandenen Lücken im Bergwerks- und Braunkohlebergbau noch nicht wieder ausgefüllt seien. Die Gewinnabrechnung des Monats von November an zeigt ganz bedeutsam hinter denen der früheren Monate zurückgeblieben und von Monat zu Monat geringer geworden, und zwar so, daß jetzt Januar sich wieder regelmäßig ein Verlust er- geben hätte.

**30 Millionen Mark 4% mündelsichere Schlesische Kommunal- anleihe.** Obige Anteile gelangt bis zum 10. Juli d. J. zum Kurs von 94%, und zwar in Dresden bei dem Bankhaus Gebr. Arnhold, zur öffentlichen Rechnung. Für die Sicherheit der Anteile haften der Kommunal-Konsumentenverband Schlesien und die dem Verband angehörenden 15 Städte, 44 Kreise und 15 Gemeinden der Provinz Schlesien mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft. Die Einführung der Anteile an der Preußischen und Berliner Börse wird baldigst beantragt werden.

**Häusler 4% Städteanleihe.** Ein Konsortium, best. n. a. das Bankhaus Gebr. Arnhold angehört, hat 8.000.000 M. obige Anteile sich überkommen, die demnächst zum Kurs von 97,50 % zur Rechnung aufgelegt werden sollen.

**Reine Preiserhöhung im Stahlverarbeitungsverband.** Eine heute ver- mittigt abgeschaffte Vorberichtigung des Stahlverarbeitungsverbandes ergab in grober Röstzung, daß 20 Vertragsunternehmen für die Verkehrs- führung der höheren Preise und acht Vertragsunternehmen für eine Preiserhöhung stimmen.

**Weitere Erhöhung des französischen Eisenkonkurrenz.** Die französische Kammer hat mit 150 gegen 164 Stimmen ein Votum angenommen, daß der Bank von Frankreich gestattet, den Kosten um 1% um weitere 4 Milliarden auf 40 Milliarden zu erhöhen. Die Bankställe, die die Haft an den Staat über- tragen kann, werden um 3 Milliarden auf 27 Milliarden erhöht. Der Vertragspartner der Subskommission Peret bejubelt die Aufzukauf für 1919 auf 44 bis 45 Milliarden, was einem unbedeutenden Betrag von 12 Milliarden gleichkommt. Er verlangt die Unterstützung der Altersberater, da in dem Kriegsvertrag die Kräfte der Gemeinkasse der Kreispolizei nicht genügend berücksichtigt wurden. Finanzminister Röhl erklärte, Verhandlungen unter den Regi- ierten über eine gemeinsame Haushaltspolitik seien eingeleitet.

**Mittlere Berliner Kurse vom 10. Juli.**

| Bank-Pfeil.        | 29.67  | Deutsche Waffen   | 223,-  | Reich. Republ.         | 249,50 |
|--------------------|--------|-------------------|--------|------------------------|--------|
| Barlo-Dampf.       | 223,50 | Donnersmarck      | 290,-  | West. Hochzeit         | —      |
| Barb.-Dampf.       | 100,75 | Dresden. Garde.   | 108,-  | Oberholz. Ob. Eb.      | 120,-  |
| Bar. Elbe-Ob. El.  | 93,-   | Chemnitz.         | 122,-  | Oberholz. Chemnitz.    | 128,-  |
| Bar. Braunauer.    | 97,-   | Chemnitz. Garde.  | 291,-  | Würtz. Berg.           | 197,75 |
| Deutsche Post.     | 190,50 | Gothaer Berg.     | 169,-  | Würtz. Salzw.          | 139,25 |
| Dist. Rommelsb.    | 157,25 | Th. Goldschmidt   | 225,-  | Würtz. Höhe            | 189,75 |
| Dresdner Bank      | 126,-  | Görliger Eisen.   | 206,-  | Würtz. Metall.         | 186,-  |
| Elbe-Abw.          | 123,-  | Görlig. Maschinen | 126,50 | Würtz. Metall & S.     | 158,50 |
| D. K. Kredit.      | 129,75 | Harsener Berg.    | 161,-  | Würtz. Sorgeisen.      | 230,-  |
| Död. Minn.         | 82,-   | Hartmanns Reich.  | 164,-  | Seidenwerk.            | 221,-  |
| Bergmann Sieg.     | 142,25 | Hausen Eisen.     | 147,-  | Siedl. Gartnang.       | 194,50 |
| Bismarckh.         | 195,50 | Hofherrn Garben.  | 254,50 | Siedl. Guglhupf.       | 189,-  |
| Boch. Gußh.        | 183,50 | H. Hirsch & Co.   | 223,-  | Siedl. Rossm.          | 139,-  |
| C. G. Carl. Ind.   | 210,25 | Hundiusreuter.    | 230,-  | Siedl. Webh.           | 221,-  |
| C. H. Siedl.       | 225,-  | H. L. Vog. Milen. | 132,-  | Siedl. Webh. & Salzer. | 221,-  |
| Chemnitz.          | 129,-  | Habla Porzellan.  | 300,50 | St. Schule Jr.         | 240,50 |
| Chemnitz-Mitt.     | 212,-  | Hausdruck.        | 162,-  | Stendeler-Werke.       | 272,-  |
| Deutsche Erdöl.    | 360,-  | Haubitz.          | —      | Wendeburg.             | —      |
| Deutsche Gußstahl. | 187,25 | H. Löw & Comp.    | 225,-  | Wendeburg-Eisen.       | 222,-  |
| D. Zoll u. Steu.   | 182,50 | Weden & Steffen.  | 186,25 | Zeissig-Vetern.        | 160,50 |

Mittlere notierte Debenturkurse.

| Berlin            |          | 10. Juli |       | 9. Juli |
|-------------------|----------|----------|-------|---------|
|                   | Gold     | Brief    | Gold  | Brief   |
| Holland.          | 100 M.   | 560,-    | 555,- | 555,-   |
| Spanien.          | 100 M.   | 338,-    | 336,- | 336,-   |
| Sweden.           | 100 M.   | 364,-    | 364,- | 364,-   |
| Norwegen.         | 100 M.   | 335,-    | 335,- | 335,-   |
| Helsingors.       | 100 M.   | 100,-    | 100,- | 100,-   |
| Switz.            | 100 M.   | 266,-    | 263,- | 263,-   |
| Deutschl.-Ungarn. | 100 M.   | 44,95    | 45,05 | 45,05   |
| Spanien.          | 100 Pct. | 276      | 276   | 276     |

**Dr. med. Rudolf Klotz von der Reise zurück.**

**Dr. Ernst Auhorn,** Chirurg, Prager Straße 13, von der Reise zurück.

**Zahnarzt Rosenthal verreist.**

**Aufgebot.**

Der Rechtsanwalt Dr. Freiderking in Dresden hat als Nachlassleger des verstorbenen Ingenieurs **Friedrich Moritz Wendler**, weil in Dresden, beantragt, den verschollenen Bruder des Verstorbenen, **Joachim Friedrich Leopold Wendler**, der 1909 nach St. Louis (Nordamerika) ausgewandert ist, zugleich wohnhaft in Croftersdorf, S.-A., für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorbene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

**Mittwoch, den 10. Dez. 1919, vorm. 10 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anzukündigen, andernfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu ertheilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht einzutreffen.

Rathaus, den 14. April 1919.

**Das Umtsgericht, Abt. 1.**

**Ein Waggon Reis-Stärke,** ist und sein, Garantie: Zurücknahme, in Vollfüllis von 9 Pfund an vertretenden portofrei gegen vorherige Einwendung des Betrages à Pfund zu A 22,-.

Nur Gläubiger finden Berücksichtigung.

**R. A. Dous & Co., Königsberg i. Pr.** Ausführliche Postadresse 10. Postfach Königsberg 9330.

## Sporthinrichtungen.

für die Naherholung Dresden-Nürnberg am 10. August 1919 hat der Deutsche Naherholung-Bund nunmehr keine Anmeldung. Die Fahrt, die von Dresden über Chemnitz, Plauen, Bautzen nach Nürnberg über 300,7 Kilometer führt, ist offen für Berufssportler auf Renn- und Trikotverkleidung und für Herrenfahrräder, die in den Rennwettbewerben in den vorgeschriebenen Maximalzeit eintreffen. Wiedungen sind bis zum 30. Juli an Bundesfahrrad Paul Hörl, Berlin W. 50, Nürnberger Straße 54, zu rufen.

**Mitteldeutsche Meisterschaft.** Der vom Dresdenner Fuß- ballring eingeführte Pokal hat den Erfolg gehabt, den das Endspiel gegen Halleschen Fußballclub 1900 am 20. Juli in Leipzig wiederholt wird. Allerdings wird Fußballdring ohne Starzig und Klossche antreten müssen, die bis in den Herbst bislang verhindert sind.

**Dresdner Hauptstadt für Leibesübungen.** Im gemeinsamen Sitzung tagte der Geschäftsführer und Leitende Ausschuss des Dresdner Hauptstadt für Leibesübungen im heutigen Anzeigetafel von ihren 45% Hypothekendarlehen, Seite 17, einen Teilbetrag von 10 Millionen Mark zur Fort-Aufzahlung auf den 31. Oktober 1919. Die gekündigten Städte tragen das Aufzahlungsbatum 15. Juli 1907.

**Die Deutsche Hypothekenbank (Metz-Gesellschaft), Berlin,** kündigt laut Bekanntmachung im heutigen Anzeigetafel von ihren 45% Hypothekendarlehen, Seite 17, einen Teilbetrag von 10 Millionen Mark zur Fort-Aufzahlung auf den 31. Oktober 1919. Die gekündigten Städte tragen das Aufzahlungsbatum 15. Juli 1907.

# Krautmehl und Krautengebäck.

Für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung wird folgendes bestimmt:  
§ 1. Die Genehmigungen, die den mit Bekanntmachungen vom 6. und 17. Februar, 12. und 25. März 1919 veröffentlichten Bildergesetzen zum Handel mit Krautmehl, sowie zur Herstellung und Abgabe von Krautengebäck erteilt worden sind, werden mit Wirkung vom 19. Juli 1919 ab außer Kraft gesetzt.

Vom 20. Juli 1919 ab werden zum Handel mit Krautmehl, sowie zur Herstellung und Abgabe von Krautengebäck die aus der Anlage I ersichtlichen Bildergesetze zugelassen. Von ihnen sind die jeweils geltenden Bestimmungen über Krautmehl und Krautengebäck genau zu befolgen.

§ 2. Zuüberhandlungen werden nach § 10 der Bekanntmachung vom 25. September 1918 bestraft.

Dresden, am 10. Juli 1919.

## Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

### Anlage I.

Zum Handel mit Krautmehl, sowie zur Herstellung und Abgabe von Krautengebäck zugelassene Bildergesetze:

#### 1. Stadt Dresden.

**2. Stadtbezirk:** Breiteneicher, Paul, Hauptstr. 12. Göring, Max, Gäßelstraße 18. Hering, Otto, Übergraben 7. Neupert, Karl, Weintraubstraße 31.

**3. Stadtbezirk:** Aegel, Albin, Seminarstraße 20. Gebhardt, Adolf, Bornewitzstr. 28. Haniel, Rudolf, Berliner Straße 18. Mittag, Max, Schäferstraße 71. Neuberth, Oskar, Friedrichstraße 21. Babisch, Franz, Planitzstraße 14. Richter, Max, Weißgerberstraße 22. Weißflog, Richard, Hermann, Schäferstraße 14. Weißflog, Richard, Friedrichstraße 49.

**4. Stadtbezirk:** Graubner, Richard, Albrechtstraße 20. Großhe, Hans, Türrstraße 8. Helm, Paul, Seldnitz Str. 19. Herrmann, Paul, Rieschstraße 4. Kunze, Paul, Bartholomäusstraße 17. Leinert, Otto, Paul, Pirnastraße 8. Poos, Georg, Pirnaische Straße 4. Möbius, Paul, Holbeinstraße 2. Probst, Erich, Holdeinsstraße 15. Wörde, Hermann, Bleßstraße 40.

**5. Stadtbezirk:** Böhme, Emil, Kleine Plauensche Gasse 24. Krause, K., Kleine Plauensche Gasse 62.

**6. Stadtbezirk:** Arenzel, Max, Metzlerstraße 20. Ober, Alfred, Ultra-Allee 12. König, Otto, Ultra-Allee 20. Mannweiss, Richard, Otto, Seel 17. Schumann, Bernhard, Höfchenstraße 17. Tischer, Johannes, Metzlerstraße 32. Uhlig, Otto, Friedberger Platz 6.

**7. Stadtbezirk:** Böhmer, Paul, Falstraße 3. Brücke, Emil, Bildstockweg 31. Buchmann, Paul, Bonifaciusstraße 12. Herber, Emil, von, Lautenstraße 77. Grubel, Emil, Ramenzer Straße 39. Haniel, Wilhelm, Pritscher Str. 1. Högl, Eduard, Waldschlößchenstraße 22. Kowarsch, O., Höhler Str. 37. Sieche, Hermann, Königsbrüder Straße 43.

**8. 24. Stadtbezirk:** Meyer, Paul, Weimarstraße 6. Stadtbezirk: Meyer, Paul, Weimarstraße 6.

**9. 10. Stadtbezirk:** Hanus, Paul, Rabenerstr. 28. Richter, Bruno, Reichstraße 7. Richter, Hermann, Weiderstraße 37. Sander, Alfred, Albrechtstraße 7. Tröger, Eduard, Chemnitzer Straße 8.

**11. Stadtbezirk:** Göbel, Bertha verw., Stephanienplatz 3. Hans, Emil, Holbeinstraße 108. Hoffmann, Max, Türrstraße 1. Kirchner, Willi, Stephanienstraße 48. Lorenz, Oskar, Schumannstraße 30.

**12. 15. Stadtbezirk:** Ohne, Alfred, Röderstraße 3. Walther, Anna verm., Holbeinstraße 16. Scheidler, Elsa, Reichenstr. 66.

**13. Stadtbezirk:** Demmrich, Will, Alb, Heugolandstraße 3. Lügke, Josef, Giechstraße 29. Roth, Heinrich, Agorstraße 9. Starke, Franz, Giechstraße 10. Winkler, Hugo, Giechstraße 7.

**14. Stadtbezirk:** Barnauf, Hermann, Tittmannstraße 45. Israel, Emil, Gardestraße 26. Herrmann, Alfred, Hanöfstr. 30. Olinger, Robert, Schandauer Straße 16. Müller, Paul, Wittenberger Straße 38. Bävermann, Otto, Rosenthaler Straße 6. Schmidt, Max, Rosenthaler-Platz 6. Schubert, Oskar, Schäferstraße 8. Stranne, Emil, Moritzgräfin-Straße 33.

**15. Stadtbezirk:** Dittmar, Max, Barbarastraße 44. Franke, Johannes, Marienhofstr. 34. Kürbitz, Paul, Wolfstraße 44. Löbmann, Ernst, Löbelner Straße 23. Weil, Clemens, Leobschützische Straße 18. Wendel, Franz, Marienhofstraße 62.

**16. Stadtbezirk:** Grafe, Edwin, Giechstraße 26. Heuß, Alfred, Rosenstraße 15. Krebschmar, Paul, Goepfis 1. Weine, Bruno, Zwiedauer Straße 22. Winkler, Anton, Franz, Güterbahnhofstraße 3.

**17. Stadtbezirk:** Dehnert, Emilie verm., Schandauer Str. 71. Lehmann, Max, Augsburger Straße 69. Grohmann, Louis, Wittenberger Straße 110 b. Grubel, Bruno, Glaesewaldbrücke 43. Herwig, Paul, Behnitzstraße 18. Küpfke, Vincenz, Zschirnstraße 34. Langbein, Franz, Hostettlerstraße 64. Müller, Kurt, Schandauer Str. 72. Schönheit, Emil, Bärensteiner Str. 12. Weble, Oskar, Jannwalder Straße 1.

## Krautmehl u. Krautengebäck.

Die Abänderung der Bekanntmachung vom 25. September 1918 und des hierzu ergangenen Nachtrags vom 30. Januar 1919 wird für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

### Artikel I.

§ 1 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 2. Bei der Abgabe an die Verbraucher dienen folgende Preise gefordert werden:  
für 250 g Krautmehl 28 Pf.  
für 500 g Krautmehl 40 Pf.  
für 700 g Krautmehl 55 Pf.

Bei das Krautengebäck in § 2 unter a) 10 Pf.

(Gummeln von 90 g, die zwei oder dreiteilig zu formen sind).

Bei das Krautengebäck in § 2 unter b)

42 Pf. für je 450 g  
(Brote von 450 g oder dem Mehrfachen dieses Gewichts).

Bei Diamalthegebäck kann der Preis für das Krautengebäck in § 2 unter a) bis auf 12 Pf. erhöht werden.

### Artikel II.

Artikel I tritt mit dem 13. Juli 1919 in Kraft. Zuüberhandlungen werden nach § 10 der Bekanntmachung vom 25. September 1918 bestraft.

Dresden, am 10. Juli 1919.

## Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung

## 2 grosse Perser-Tepiche

und einige kleinere, alte, selten schöne und gut erhaltenen.

Preis verlässt u. N. 500 d. Gothenstein & Vogler.

- 19. Stadtbezirk:** Münster, Oskar, Blumenstraße 1. Köbler, Max, Wöhrerstraße 8. Haas, Albert, Ronnestraße 7.
- 20. Stadtbezirk:** Rolle, Wilhelm, Oderwitzer Str. 25.
- 21. Stadtbezirk:** Büttner, Hermann, Burgstr. 11. Damm, Walter, Wallstraße 19. Hartmann, Max, Leibnizstraße 14. Höhfeld, Paul, Blaueschule 18. Hirsch, Richard, Weissenauer Straße 22. Pleisch, Woldemar, Hermannstraße 18. Richter, Robert, Höhenholzstraße 18. Scheffler, Max, Höhfeld-Wallstraße 22. Seidel, Oswald, Höhfelder Straße 33.
- 22. Stadtbezirk:** Geuttschen, Robert, Ringenberger Straße 23.
- 23. Stadtbezirk:** Wiegmann, Otto, Gneisenaustraße 9. Büttner, Felix, Heiderstraße 22. Damm, Georg, Leibnizstraße 33. Irrgang, Paul, Hammerstraße 2. Kirbach, Max, Kamienstraße 7. Schmidt, Max, Neuerstraße 7. Schubert, Max, Petersstraße 41. Trätz, Paul, Grottkaustraße 31. Winter, Hermann, Elisenstraße 62.

## 2. Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt.

1. Überland: Kurt Groberg, Emil Schwieger.

2. Naturamt: Karl Kötter, Max Zimmermann.

3. Bauamt: Paul Wagner.

4. Braunsdorf: Woldemar Winter.

5. Birkigt: Bruno Dösch, Max Hauptoel.

6. Bödert: Ernst Neumann.

7. Brieskow: Richard Freudenberg, Oskar Richter, Heinrich Höhfeld.

8. Bruck: Robert Hempel, Max Oppelt.

9. Görlitz: Otto Dietel.

10. Görsdorf: Georg Spätmann.

11. Tendzin: Paul Eising, Arthur Erdorf, Leopold Lange, Reinhold Pachsel, Paul Reuter.

12. Görlitz: Paul Grafe, Hugo Antschl, Karl Müller.

13. Görlitz: Friedrich Wabro, Richard Werner.

14. Görlitz: Edmund Götz.

15. Görlitz: Arthur Eger.

16. Görlitz: Alfred Hofmann.

17. Klein-Görlitz: Otto Schmitz.

18. Görlitz: Otto Lange.

19. Görlitz: Bruno Richter.

20. Görlitz: Hermann Gießbach.

21. Görlitz: Hugo Schumann.

22. Görlitz: Richard Weller.

23. Görlitz: Richard Weller.

24. Görlitz: Max Hechler.

25. Görlitz: R. Klaus.

26. Görlitz: Otto Arnold, Erna Hente, Wilhelm Hahn, Alfred Ulige, Max Schumann.

27. Görlitz: Richard Dobbel.

28. Görlitz: Paul Ritter.

29. Görlitz: Robert Witz.

30. Görlitz: Paul Witz.

31. Görlitz: Bruno Höhfeld.

32. Görlitz: Alfred Witz.

33. Görlitz: Richard Witz.

34. Görlitz: Arthur Witz.

35. Görlitz: Wili Witz.

36. Janowice: Bruno Höhfeld, Bruno Witz, Otto Wenzel, Rudolf Zimmermann.

## 3. Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

1. Radeberg: Max Meyer, Georg Götzner, Oswald Grohmann, Max Schreiber.

2. Brandis: Max Bern, Loris.

3. Blasewitz: Walter Böhme, Max Wolker, Gottschaldt.

4. Böhla: Paul Wöhner, Reinhard Schmid, Clemens Brandel.

5. Börditz: Emil Schmid.

6. Börditz: Max Bern.

7. Börditz: Otto Richter.

8. Börditz: Bruno Richter.

9. Börditz: Richard Huhle.

10. Börditz: Ernst Weller.

11. Börditz: Richard Wippler.

12. Börditz: Hermann Rume, Wilhelm Weidling, Ernst Weller.

13. Börditz: Paul König, Kurt Günther, Erich Witz.

14. Börditz: Gustav Reichard, Gustav Rothe.

15. Börditz: Bruno Richter.

16. Börditz: Paul Bern.

17. Börditz: Emil Witz.

18. Börditz: Reinhold Hiller.

19. Börditz: Reinhard Schmid, Johann Hermannsdorf, Paul Weihner, Richard Welle.

20. Börditz: Reinhard Welle.

21. Börditz: Reinhard Welle.

22. Börditz: Reinhard Welle.

23. Börditz: Reinhard Welle.

24. Börditz: Reinhard Welle.

25. Börditz: Reinhard Welle.

26. Börditz: Reinhard Welle.

27. Börditz: Reinhard Welle.

28. Börditz: Reinhard Welle.

29. Börditz: Reinhard Welle.

30. Börditz: Reinhard Welle.

31. Börditz: Reinhard Welle.

32. Börditz: Reinhard Welle.

33. Börditz: Reinhard Welle.

34. Börditz: Reinhard Welle.

35. Börditz: Reinhard Welle.

36. Börditz: Reinhard Welle.

37. Börditz: Reinhard Welle.

38. Börditz: Reinhard Welle.

39. Börditz: Reinhard Welle.

40. Börditz: Reinhard Welle.

41. Börditz: Reinhard Welle.

42. Börditz: Reinhard Welle.

43. Börditz: Reinhard Welle.

44. Börditz: Reinhard Welle.

45. Börditz: Reinhard Welle.

46. Börditz: Reinhard Welle.

47. Börditz: Reinhard Welle.

48. Börditz: Reinhard Welle.

49. Börditz: Reinhard Welle.

50. Börditz: Reinhard Welle.

51. Börditz: Reinhard Welle.

52. Börditz: Reinhard Welle.

53. Börditz: Reinhard Welle.

54. Börditz: Reinhard Welle.

55. Börditz: Reinhard Welle.

56. Börditz: Reinhard Welle.

57. Börditz: Reinhard Welle.

58. Börditz: Reinhard Welle.

59. Börditz: Reinhard Welle.

60. Börditz: Reinhard Welle.

61. Börditz: Reinhard Welle.

62. Börditz: Reinhard Welle.

63. Börditz: Reinhard Welle.

64. Börditz: Reinhard Welle.

65. Börditz: Reinhard Welle.

66. Börditz: Reinhard Welle.

67. Börditz: Reinhard Welle.

68. Börditz: Reinhard Welle.

69. Börditz: Reinhard Welle.

70. Börditz: Reinhard Welle.

71. Börditz: Reinhard Welle.

72. Börditz: Reinhard Welle.

73. Börditz: Reinhard Welle.

74. Börditz: Reinhard Welle.

75. Börditz: Reinhard Welle.

76. Börditz: Reinhard Welle.

77. Börditz: Reinhard Welle.

78. Börditz: Reinhard Welle.

79. Börditz: Reinhard Welle.

80. Börditz: Reinhard Welle.

81. Börditz: Reinhard Welle.

82. Börditz: Reinhard Welle.

83. Börditz: Reinhard Welle.

84. Börditz: Reinhard Welle.

85. Börditz: Reinhard Welle.

86. Börditz: Reinhard Welle.

87. Börditz: Reinhard Welle.

88. Börditz: Reinhard Welle.

89. Börditz: Reinhard Welle.

90. Börditz: Reinhard Welle.

91. Börditz: Reinhard Welle.

92. Börditz: Reinhard Welle.

93. Börditz: Reinhard Welle.

94. Börditz: Reinhard Welle.

95. Börditz: Reinhard Welle.

96. Börditz: Reinhard Welle.

97. Börditz: Reinhard Welle.

98. Börditz: Reinhard Welle.

99. Börditz: Reinhard Welle.

100. Börditz: Reinhard Welle.

101. Börditz: Reinhard Welle.

102. Börditz: Reinhard Welle.

103. Börditz: Reinhard Welle.

104. Börditz: Reinhard Welle.

105. Börditz: Reinhard Welle.

106. Börditz: Reinhard Welle.

107. Börditz: Reinhard Welle.

108. Börditz: Reinhard Welle.

109. Börditz: Reinhard Welle.

110. Börditz: Reinhard Welle.

111. Börditz: Reinhard Welle.

112. Börditz: Reinhard Welle.

113. Börditz: Reinhard Welle.

114. Börditz: Reinhard Welle.

115. Börditz: Reinhard Welle.

116. Börditz: Reinhard Welle.

117. Börditz: Reinhard Welle.

118. Börditz: Reinhard Welle.

119. Börditz: Reinhard Welle.

120. Börditz: Reinhard Welle.

121. Börditz: Reinhard Welle.

122. Börditz: Reinhard Welle.

123. Börditz: Reinhard Welle.

124. Börditz: Reinhard Welle.

125. Börditz: Reinhard Welle.

126. Börditz: Reinhard Welle.

127. Börditz: Reinhard Welle.

128. Börditz: Reinhard Welle.

129. Börditz: Reinhard Welle.

130. Börditz: Reinhard Welle.

131. Börditz: Reinhard Welle.

132. Börditz: Reinhard Welle.

133. Börditz: Reinhard Welle.

134. Börditz: Reinhard Welle.

135. Börditz: Reinhard Welle.

136. Börditz: Reinhard Welle.

137. Börditz: Reinhard Welle.

138. Börditz: Reinhard Welle.

139. Börditz: Reinhard Welle.

140. Börditz: Reinhard Welle.

141. Börditz: Reinhard Welle.

142. Börditz: Reinhard Welle.

143. Börditz: Reinhard Welle.

144. Börditz: Reinhard Welle.

145. Börditz: Reinhard Welle.

146. Börditz: Reinhard Welle.

147. Börditz: Reinhard Welle.

148. Börditz: Reinhard Welle.

149. Börditz: Reinhard Welle.

150. Börditz: Reinhard Welle.

151. Börditz: Reinhard Welle.

152. Börditz: Reinhard Welle.

153. Börditz: Reinhard Welle.

154. Börditz: Reinhard Welle.

155. Börditz: Reinhard Welle.

156. Börditz: Reinhard Welle.

157. Börditz: Reinhard Welle.

158. Börditz: Reinhard Welle.

159. Börditz: Reinhard Welle.

160. Börditz: Reinhard Welle.

161. Börditz: Reinhard Welle.

162. Börditz: Reinhard Welle.

163. Börditz: Reinhard Welle.

164. Börditz: Reinhard Welle.

165. Börditz: Reinhard Welle.

166. Börditz: Reinhard Welle.

167. Börditz: Reinhard Welle.

168. Börditz: Reinhard Welle.

169. Börditz: Reinhard Welle.

170. Börditz: Reinhard Welle.

171. Bö



# Sarrasani.

Heute Freitag abend  
zwei grosse

## Entscheidungskämpfe!

Hassmann gegen Fürst,  
Kornatz " Stolzenwald.  
Ferner ringen:  
Hansen gegen Roland.

---

Vorher:  
**Der neue Circus-Spielplan.**  
**Sarrasani's Elefantengruppe,**  
**die exotischen Dressuren usw.**

### Nur noch wenige Tage!

---

Trocadero : Das Elite-Programm.

**SARRASANI**  
Heute Freitag, den 11. Juli, grosse  
**JIU-JITSU-**  
**Demonstration.**  
Wie verteidige ich mich gegen  
plötzliche räuberische Ueberfälle  
mit und ohne Waffe?  
**Herr Jos. Hansen-Esch,**  
der beste europäische Jiu-Jitsu-Meister-Schüler  
des berühmten Japan. Weltmeisters  
**AKI TAKO ONO,**  
welcher mit dem Japaner mehrere Jahre die  
Welt bereiste, und in allen Grossstädten, u. a.  
auch in Berlin die Polizei in dieser Selbst-  
verteidigungsmethode ausbildete, zeigt heute,  
wie man auf leichte Art und Weise Ver-  
brecher, die sich ihrer Festnahme widersetzen,  
unschädlich macht.  
**Neu für Dresden.**  
Hochinteressant und lehrreich!

**DEN GRÖSSTEN BEIFALL**  
finden täglich  
**WILLY LILIE**  
der Meister der Tanzkomik  
**FEO FEODORA**  
das bildschöne Zigeunermaidchen  
sowie das übrige glänzende Programm im  
  
**TROCADERO-KABARETT**  
der vornehmsten Unterhaltungsstätte Sachsen  
**Circus SARRASANI-Dresden**  
**8 Uhr.**

# Rönigshof-Theater.

# Tymians Theater

Bei spielerischem Erfolg!  
Gestern ausverkauft!

## Dresden lacht herzlich!

6 Dresden Bilder!  
 1. Am Hauptbahnhof.  
 2. Im Zoo. 3. Im T.T.T.  
 4. Polizeiwache. 5. Auf d. Ealoppe.  
 6. Räntzler-Klause. Eroli-Palast.

### Plätze 3 Tage vorher im T.T.T.

Vorzugs- und Vereinsfarten vorl. keine Gültigkeit.

# KONZERTHAUS

VORNEHMSTE GROSSTÄDTISCHE  
EINKEHRSTÄTTE  
REITBAHNSTRASSE AM HAUPTBAHNHOF

Das beliebteste  
der  Lichtspielhaus  
Residenz

**Olympia:  
Theater**

**Altmarkt 13**

# **Die Jüdin**

Grossartiges Filmkunstwerk  
in 5 Akten  
nach der gleichnamigen Oper  
unter Mitwirkung erster Wiener Künstler

---

## **Durch die vulkanische Eifel**

## **Das Geiranger Fjord**

Herrliche Naturaufnahmen.

**Beginn der Vorführungen:**  
3, 4½, 5, 6, 7½ und 9 Uhr.

**Münchener Festspiele 1919.**

The advertisement features a circular logo for 'Café Hülfer's Konditorei'. The word 'Café' is at the top, 'Hülfer' is in large letters in the center, and 'Konditorei' is at the bottom. To the right of the logo, there is descriptive text in German.

In- und ausländische Zeitungen.  
Reisebüro, München, Bromerstraße 16.

Vorzügl. Eis  
und Eisgetränke.  
Bestgepflegte  
Biere und Weine  
Billard- u. Spielsäle.  
Prager Straße  
48,  
Parterre, 1. Etage.

# Kurhaus Rötsche.

Gente Freitag  
Feiner Gesellschaftsabend.  
Ausgang 6 Uhr. G. v. R.  
Dünktige Fahrgeslegenheit: Stroheng.-L. 7, Staatsbahnhof  
Nach Schule Sonderposten bis Woltzplatz.

# Prinzeß Cheater

Lichtspiele

Pragersfr. 52

## Wieder-Aufführung

des grössten bisher gezeigten Kunstfilms der Erde

# Quo vadis?

nach dem gleichnamigen Roman von Henryk Sienkiewicz

ca. 10 000 Mitwirkende.

Zum Vergleich lassen wir im August den grössten deutschen Prunkfilm folgen

# Veritas vincit

(Die Wahrheit siegt)

in den Hauptrollen:

Mia Mai

Johannes Riemann.

Veritas vincit bezeichnet die gesamte Presse als das unvergleichlichste Dokument der deutschen Film-Industrie.

Anfang der Vorführungen: 4, 6½ und 8½ Uhr.

|  |  |   |
|--|--|---|
|  <p><b>Hochschule für<br/>Musik und<br/>Schauspielkunst<br/>Dresden</b></p> <p><b>Johannstadt</b><br/>Blumenstraße 2</p> <p>Dir. Frau Irene Karsatz.<br/>Fernr. 27468.</p> <p>Am 15. Juli beg. Kurse zur Ausbildung als <b>Gutssekretär(in)</b>. Tages- und Abendkurse.</p> <p>ernen Sie dopp. amerikas. Buchführung bei Kaufm. <b>W. Lode</b>, Riechersg. 18.</p> <p><b>Polizei-Schule</b></p> <p><b>Hauptschule 1. Sa.</b><br/>Rückter. Kursus vom 1. Okt. bis Ende Sept. Schulgeld 120,- <b>Krust.</b> erteilt der <b>Stadtrat</b>.</p> <p>Fahrt nächstens nach <b>Holland</b> und nehme Kuriere u. Vertretungen entgegen.</p> | <p><b>Aus Privat zu verkaufen:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>großer dreiteil. Baccarat-Kristall-Tafelaufsatz, Prachtstück,</li> <li>Trompete in B mit A-Bogen, Friedensware,</li> <li>Spiritus-Glühlampen für Wohn- und Arbeitszimmer,</li> <li>Sack-Villate, Hand- und Schulausgg., franz.-deutsch, deutsch-franz. 1901,</li> <li>Neurath - Sanders, dessgl., engl.-deutsch, deutsch-engl. 1902,</li> <li>frst. Jagdleinen - Anzug, Sturm-Gr. 174, m. Stiefelboje, Friedensw., fast neu,</li> <li>Vaargenagelte Jagdschuhe, Länge 31 cm,</li> <li>Vaar Lodschuhe m. Stoffeinfüll, Länge 31 cm.</li> </ol> <p>Näheres unter "Postlagerf. 4, Postamt 1". Nachporto. Händler verbieten.</p> | <p>und Olympiaausstellung bis am 30. August geschlossen.</p> <p><b>Albert-Theater</b> bis mit 2. August geschlossen.</p> <p><b>Residenz-Theater.</b></p> <p>1/28 Donner geht tanzen!<br/>Herr Graf Gontius Dancer<br/>Herr Graf Fred Schaffhausen<br/>Herr Hanni Donc. e. G.<br/>Gäste gegen 10 Uhr. Obis: Donc.<br/>geht tanzen.</p> <p><b>Central-Theater.</b></p> <p>Die Rutschbahn.<br/>7 glockenblau Rutschb.<br/>Herr Wagner v. Weiß<br/>Dr. Wagner Schauspieler<br/>Ende 5 Uhr. Obis: Die Rutschbahn</p> <p><b>1/28 Tymians</b></p> <p><b>Thalia-Theater.</b></p> <p>Dresden lacht.<br/>Dresdner Volksopfer in leicht überz.</p> <p><b>Flora-Theater.</b></p> <p>Wochenblatt 7 u. 13 Uhr:<br/><b>Der selige Baldwin.</b></p> <p>Sonnabends 3½ und 7½ Uhr.</p> <p>Braunerstr. Schriftleitung: Maxima Böckeler, Dresden. (Spannzeit 1½ - 2.) Eine Sonder für das Er-</p> |
|--|--|---|

**M. v. Harten,**  
Diplom-Raufmann und  
Diplom-Handelslehrer.  
Sprechzeit, tägl. 1,23-3.  
Kundstrasse 3, 1.  
Tel. 11488.

**Frauen-Tee,**  
altbewährt (prompt. Getr.)

**Freisleben,**  
Dresden-U., Postplatz.

**Gardinen u. Stores**  
neu, prima Ware, preiswert  
zu verkaufen. **O. Schneider,**  
Frontliniestrasse 30, 1. L.

**3 große Warenkästen**  
preiswert zu verkaufen  
Spottergasse 2, 1. rechts.